

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die nebengefaltene Poststelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Ref.amen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 164.

Sonnabend, den 16. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Das neue G.-V.-D.-Programm.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. Infast den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern, hat sie die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehen große, mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber.

Der Weltkrieg und das Versailler Diktat haben diese Entwicklung verschärft. Schroffer denn je stehen sich Kapital und Arbeit gegenüber. Die in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Tendenzen der fortschreitenden Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen sind noch verstärkt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Ungleichheiten und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleistung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vernichtung bisher selbständiger Existenzen.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegeslieferanten, Lebensmittelpekulanten und Geldwüchsern empor. Diefem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinterrückbildung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens, indem sie den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen steigert, zu imperialistischer Ausdehnung, zur Eroberung neuer Anlagens- und Absatzmärkte, sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe, — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt haben, — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Vergegenständlichung der kapitalistischen Produktionsmittel überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigen Ausbau und Aufbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Hierzu ist unerlässlich die entschiedenste Förderung des Genossenschaftswesens sowie der wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen der Klasse des arbeitenden Volkes, ferner die Festigung der deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch zur Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheits-herrschaft.

Wie im Interesse des deutschen Volkes, so ist im Interesse aller Kulturvölker eine Revision des Gewaltfriedens von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung geboten. Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkervertrag.

Die darauf in den einzelnen Ländern gerichtete Arbeit ist aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst. Das gilt vor allem für die politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter, wie es grundlegend in den Beschlüssen der im August 1920 zu Genf reorganisierten Internationale zum Ausdruck gebracht ist.

Von diesen grundlegenden Anschauungen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands als Vertreterin des werktätigen Volkes:

Wirtschaftspolitische Forderungen.

1. Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder dem einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen ist.

2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes.

Insbefondere sind die Bodenkräfte und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen, um sie im Dienst der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Bei allen Maßnahmen der Gemeinwirtschaft soll die möglichst hohe Ertragsleistung in der Produktion und die soziale Besserstellung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden.

3. Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts).

4. Ausbau der Betriebe des Staats und der sonstigen öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung.

5. Förderung der Verbraucher-genossenschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die uneigennütige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.

6. Bewegungsfreiheit für die geschäftliche Leitung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Fernhaltung bürokratischer Erschwerung.

Regelung der Arbeitsbedingungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieben durch Körperschaften, in denen zusammengefaßt die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise beteiligt werden wie die Verwaltung der Betriebe.

Berufungsmöglichkeit gegen die Entscheidung dieser Körperschaften an eine Zentralinstanz.

Preisregelung unter Kontrolle des Staates bezw. anderer öffentlicher Körperschaften durch Vertretungen der Berufsmittelglieder der weiterverarbeitenden Gewerbezweige und der Verbraucher.

7. Entschädigung bei der Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum an den bisherigen Besitzer im Umfange des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit.

Agrarfragen.

Im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenpekulation fordert die Sozialdemokratische Partei:

1. Für den Kleinbetrieb den genossenschaftlichen Betrieb zur Ausnützung landwirtschaftlicher Maschinen, Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und anderer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel.

Organisation des Verkaufs aller landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Genossenschaften; wo es im Allgemeininteresse liegt, Bildung von Zwangsgenossenschaften.

2. Enge Beziehungen der genossenschaftlichen Unternehmungen der Landwirtschaft zu den Konsumvereinen in den Städten.

3. Bereitstellung staatlicher Mittel für die Anleitung und Bezahlung über die intensive Ausnutzung des landwirtschaftlichen Betriebes.

4. Ummäßliche Ueberführung des Großgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform.

5. Förderung der Siedlung. Urbarmachung von Dedlänbereien mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und der Gemeinden.

Enteignung und planmäßige Bewirtschaftung unwirtschaftlich betriebener Landgüter durch Ueberleitung in genossenschaftliche Betriebe.

6. Keine Ueberführung des Grund und Bodens, der sich bereits im Besitz von Reich, Ländern oder Gemeinden befindet, in Privateigentum.

7. Verleihung eines weitgehenden Enteignungs- und Vorkaufsrechts gegenüber dem Grundbesitz zugunsten des Reiches, der Länder und Gemeinden.

8. Beleihung des Grundbesitzes durch eine staatliche Grundrentenbank. Uebernahme der Sicherheit über eine bestimmte Beleihungsgrenze durch Staat oder Gemeinden.

9. Sehaftmachung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Begünstigung der Rückwanderung der Arbeiter von der Stadt auf das Land durch gute Wohnungsfürsorge, ein geregelter, freies Vertragsverhältnis, welches insbesondere die Sicherstellung des eigenen Bedarfs aus der landwirtschaftlichen Produktion und die Haltung eines eigenen Viehstandes gewährleistet.

Finanzen.

Die Bedingungen und Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages bestimmen in hohem Maße die finanzpolitischen Verpflichtungen des Deutschen Reiches und die Wege, die zur Aufbringung der Mittel für die Reparation eingeschlagen werden, müssen. Nur ein schmaler Weg bleibt frei für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches und damit für programmatische Forderungen der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei muß auch in diesem eng begrenzten Rahmen Sicherung und Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern wie ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des wachsenden Kapitals erstreben.

Schonung der Arbeitskraft und Befastigung jedes verschwenderrischen Ueberverbraucher, daneben progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen, insbesondere an der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft sind als unerlässliche Forderungen zu betrachten.

Verfassung und Verwaltung.

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik. Heranziehung aller Volkangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der Deutschen Republik zum Einheitsstaat. Einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeförderungsbünde (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe

der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständische Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Kommunalpolitik.

I. Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung.

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterskörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten und Vereinigung von leistungsunfähigen Zweiggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Beauftragungsrechts der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Gemeindefinanzen.

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichsteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Schulwesen.

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Wirtschaftsbetriebe.

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Sozialpolitik.

1. Zur Steigerung der Arbeitskraft und Arbeitsfreude einen wirksamen Arbeiterschutz und Ausbau der Sozialversicherung auf nationaler und internationaler Grundlage. Weitgehende Vollmachten für das internationale Arbeitsamt zur Verwirklichung dieser Aufgaben.

2. Ein einheitliches Arbeitsrecht.

3. Sicherung des Koalitionsrechts.

Insbefondere jedoch:

a) Gesetzliche Festsetzung eines Normalarbeitstages von höchstens 8 Stunden; Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit der darin Beschäftigten.

b) Verbot der für Leben und Gesundheit der Beschäftigten gefährlichen Arbeitsmethoden; sofern durch eine Umstellung des Betriebes die Gefahr beseitigt werden kann.

c) Verbot der Nachtarbeit, sofern sie nicht durch technische Gründe oder im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt bedingt ist; unbedingtes Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.

d) Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr.

e) Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

f) Für jeden Beschäftigten eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche.

g) Barzahlung des Lohnes oder Gehalts. Bei einer Dienst- oder Werkwohnung Unabhängigkeit des Mietvertrages vom Arbeitsverhältnis.

h) Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch Gewerbe- und Handelsinspektionen.

4. Errichtung von Reichs- und Bezirkswirtschafts- und totalen Arbeiterämtern, die den Arbeiterstand durchzuführen haben und denen die Ermittlung über Arbeits- und Wohnverhältnisse, wie überhaupt der sozialen Verhältnisse in Stadt und Land obliegt.

5. Umgestaltung der Arbeiterversicherung unter Zusammenfassung aller Versicherungsträger mit den Trägern der Kriegsbeschädigten-, Erwerbslosen-, Armen- und sonstigen Fürsorge zu einer allgemeinen Volkspflege.

Als vorläufige zu diesem Ziel führende Maßnahmen: Vereinheitlichung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Selbstverwaltung der Versicherungsträger, Ausdehnung der Versicherung auf alle Erwerbstätigen und Bedürftigen, Anpassung der Leistungen der verschiedenen Versicherungsträger aneinander, allgemeine Einführung der Familienversicherung als Regelleistung der Krankenkassen.

Ausdehnung des Begriffs Betriebsunfall auf die Berufskrankheiten und alle sonstigen beruflichen Beschädigungen.

Ausbau des vorzubehaltenden Heilwesens und der Einrichtungen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen.

Allgemeine Mutterschaftsversicherung und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Arbeitslosenversicherung.

Schaffung von Zweckverbänden als Ausführungsorgane sämtlicher sozialer Leistungen.

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtenvereinigungen als wirtschaftliche Interessensvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Gesundheitspflege.

Übernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Übernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen, der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitserparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Verkehrs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

Wohnungsfragen.

1. Vergejessenschaftung des Grund und Bodens.
2. Vergejessenschaftung des Wohnungswesens. Überführung der Mietwohnungen und der für den Wohnungsbau notwendigen Grundstücke in die Verwaltung und den Besitz von öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Wohnungsbau und Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel durch diese Körperschaften.
3. Reichsgerichtliche Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens.
4. Bekämpfung der Wohnungsnot durch planmäßige Siedlungspolitik auf der Grundlage gartenstädtischer Ansiedlung. Förderung einer gesunden Verkehrspolitik und einer zweckmäßigen Dezentralisation der Industrie.
5. Bekämpfung des Wohnungsleids durch Beseitigung ungesunder Wohnstätten. Reichsgerichtliche Regelung der Obdachlosigkeit, Sebung der Wohnungsallur durch Wohnungsaussicht und Wohnungspflege.
6. Errichtung eines Reichswohnungsamtes, sowie von Landes- und Ortswohnungsämtern. Betrauung dieser Ämter mit der Aufsicht über das gesamte Wohnungs- und Siedlungswesen.

7. Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien. NB. Der Vorschlag unter Ziffer 1 wird zurückgezogen, falls er von der Unterkommission für das Agrarprogramm vorgeschlagen sein sollte.

Rechtspflege.

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Überwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammenziehung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließlich Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafverfahren, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller ungeschuldeten Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozess fordern wir: gleiche Rechtssicherheit für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güterverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerichts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiedergutmachung neben oder statt der Strafe; Berufsschlichtung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaß; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; einheitlicher Ausbau des Buchstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgerichtliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausangestellten; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuordnung des Bodenrechts im Sinne des Obergewinns der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Scheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Übernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beseitigung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz auch des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Erbrechts.

Kulturpolitik.

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.
- Das Ziel der Erziehung ist der sozialistische Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft, der Gemeinschaft auf dem Boden der Arbeit.
- Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltendes Gemeinschafts- und Arbeitsleben, die Schule eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau des Bildungswesens von der Grundschule bis zur Hochschule dienen besondere Bildungstätten für erwachsene Volksgenossen der Ausbildung zu führender Arbeit im Gemeinheitsleben und zu schöpferischer Mitarbeit an der sozialistischen Zukunftskultur.

2. Die Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten.

Sie beginnt mit dem werdenden Kind und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die Jugendbewegung, das sich nach eigenem Gesetz gestaltende Persönlichkeits- und Gemeinschaftsleben der Jugend, ist als schöpferische Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu werten.

4. Religion ist Privatsache, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsache.

Trennung von Staat und Kirche.

Weltlichkeit der Schule.

Anerkennung jeder überkommenen oder werdenden Überzeugung.

Völkerbeziehungen und Internationale.

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.
2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundfahrungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinen Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.
3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.
4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.
5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.
6. Entscheidung der Völkervertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.
7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.
8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischer Zwecke.
9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Wirkkraft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Zum Programmwurf wird in etwa 8-10 Tagen ein Kommentar in der Stärke von rund 100 Seiten erscheinen, der zu allen Teilen des Programms Stellung nehmen wird. Nach einer Einleitung werden die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands zur Zeit der Schaffung des Erfurter Programms wie in der Gegenwart dargestellt. Hieran werden sich schließen zwölf Kapitel, in denen zu allen Teilen des Parteiprogramms Stellung genommen werden wird. An dem Buche arbeiten mit, die Genossinnen: Juchacz und Pflück und die Genossen: Wolf Braun, Cunow, Großjahn, Paul Hirsch, Keil, Hermann Müller-Franken, Hermann Müller-Berlin, Max Quard, Robert Schmidt.

Das Buch soll allen Genossen eine unentbehrliche Hilfe bei der Agitation sein. Eine Fülle von Material von dauerndem und großem Wert wird in dem Buche vereinigt.

Die Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“ wird im Interesse der weitesten Verbreitung des Buches den Preis auf etwa 5-6 Mk. festsetzen. Alle Parteibuchhandlungen nehmen schon jetzt Bestellungen auf dieses Buch an, das denen, die sich vormerken, sofort nach Erscheinen zugehen soll. Der Titel des Buches soll lauten: Das S.-W.-D.-Programm. Ein Kommentar des Programmwurfs, unter Mitwirkung zahlreicher Genossen und Genossinnen, herausgegeben von Wolf Braun.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübel, 16. Juli.

Die „Lüb. Anz.“ haben einen Arbeiter engagiert, der ihnen von Zeit zu Zeit sogenannte Arbeiterartikel übersendet. Wir geben neidlos zu, daß es ihnen dabei gelungen ist, einen außerordentlich „gebildeten“ Arbeiter zu finden. Nicht nur, daß er die deutsche Sprache wie ein Oberlehrer meistert; er hat außerdem noch die intimste Kenntnis von all den Schlagworten, die „Miesbacher Anzeiger“ und „Lüb. Anz.“ mit so anerkennenswerter Ausdauer und Hingabe ihren Gehörnen und ungehörnten Lesern Tag für Tag in das flache Gehirn eintrampeln.

Nur eines weiß er nicht, dieser Arbeiter; daß die nationale Arbeiterpartei, no, der er sich so brünstig lehnt, längst erloschen ist. Nationalsozialistische Partei ist ihr Name. „Bölkischer Beobachter“ nennt sich ihr Organ. Wir empfehlen dem „Arbeiter“ der „Lüb. Anz.“, sich auch in diesem edlen Blatte zu betätigen. Er kann sich dann mit Jug und Recht mit „Arbeiter“ verschiedener „königlicher“ Blätter nennen.

Mit einem wuchtigen Keulenschlag auf den Kopf erledigt im Amtsblatt ein gewisser Dr. Paul Ostwald den Marxismus. Es ist dies immerhin eine Leistung, wenn man bedenkt, daß seit einem halben Jahrhundert die größten Gelehrten der Welt sich bemühen, Marx auszuschöpfen, ihn zu verstehen und zu erklären. Eine Widerlegung ist bisher keinem geglückt. Aber wir nehmen bestimmt an, daß in der nächsten Nummer des volkswirtschaftlichen „Archivs“ der Name Ostwald erscheint, als der Name des größten sozialwissenschaftlichen Gelehrten des letzten Jahrhunderts. Allerdings ist diese Annahme noch mit verschiedenen Zweifeln durchsetzt. Sollte Ostwald vielleicht doch vom Staatsbegriff bei Karl Marx keine Ahnung haben? Für diese letztere Annahme spricht der Umstand, daß er in einem deutschen nationalen Blatt sich betätigt. Nationalökonomien, und ein solcher will Ostwald doch wahrscheinlich sein, stellen deutsche nationale Blätter gewöhnlich auf eine Stufe mit Wissenschaften zweiten Ranges. Aber wer weiß, vielleicht sollte dieser Ostwald einen guten Witz machen?

Manche Schichten des deutschen Volkes huldigen wertwürdigen Anschauungen. Wir meinen nicht etwa solche parteipolitischen Natur; auf diesem Gebiet findet jeder die Annäherung seines Gegners merkwürdig. Wir

denken jetzt mehr an die außenpolitische Einstellung. Volk, Regierung und Presse aller Schattierungen erheben in fortwährendem Chor den Ruf nach Gerechtigkeit und nach Menschlichkeit; in der Hoffnung, daß die ganze Welt und selbst unsere Gegner schließlich einsehen werden, daß uns Unrecht geschieht. Und nun kommt irgend eine spleenige und hysterische Amerikanerin und verkündet unter dem grunzenden Beifall hafentruzzgeschmühter Jünglinge und feuchtaugiger Jungfern, daß hoffentlich eine Zeit kommt, wo Deutschland Rache nehmen kann, wo das deutsche Volk Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit mit neuer Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit mit Zinsen heimzahlen wird.

Wer steht nicht Clémenceau hinter dem weißen Tigeranzugbart vergnügt lächeln: „Habe ich nicht recht? Man muß diese Vögel tatsächlich vernichten. Die Versammlungen der Mißvereridger sind dafür unsere besten Beweise. Wenn solche Frauen nicht so „einzig“ wären, so müßte man sie duzendweise über den Rhein schicken.“

Japans Antwort an Harding.

Japan zeigt den Angehörigen die kalte Schulter. Es nimmt zwar die Einladung zu der Abrüstungskonferenz an; aber — es schickt gleich voraus, daß diese Konferenz sich auf die Abrüstung zu beschränken habe, daß also über die vielen strittigen Fragen in den Gebieten des Stillen Ozeans zwischen den Beteiligten direkt und nicht auf dem Umweg über eine Weltkonferenz verhandelt werden solle.

Diese Antwort Japans kommt einer Ablehnung gleich; denn der Plan Amerikas und Englands, den Pazifik zu verteidigen, die Rüstungsflotten zu befestigen und so die Rüstungen überflüssig zu machen, wird dadurch durchkreuzt.

Harding hat mit seinem Vorschlag; also das Gegenteil dessen erreicht, was er beabsichtigte. Er wollte die pazifische Frage lösen, und er hat nur erreicht, daß sie angeschnitten und in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt ist.

Japan feiert aus seiner zurückhaltenden Politik herauszutreten zu wollen; erst nach Wochen wird man übersehen können, wie sich die Dinge entwickeln werden. Leider können wir heute aus Nachrichten auf die Vorgeschichte und die ganzen Zusammenhänge der jetzt in ihr kritisches Stadium eintretenden angelegentlichen Plätze nicht eingehen.

Wir verzeichnen vorläufig folgende Drahtmeldungen und werden erst in der Montagnummer ausführlicher referieren.

Washington, 15. Juli. (Neuter.)

Das Staatsdepartement erhielt eine Annahm-Erklärung Japans auf die Einladung Hardings zu der Konferenz über die Beschränkung der Rüstungen. Die Antwort macht bezüglich des fernern Ostens keine Angaben.

Daß Japan in der Antwort auf die Einladung Hardings das Problem des fernern Ostens stillschweigend übergeht, wird als Hindernis für eine Durchführung des Abkommens angesehen. Eine formelle Einladung werde an Japan, wie an alle anderen Mächte, die der Anregung uneingeschränkt zustimmen, gesandt werden und man glaube, daß Japan schließlich zustimme, um sich an der Erörterung beider Teile des Programms zu beteiligen.

London, 15. Juli. (Neuter.)

Die „Times“ meldet: Die Haltung Japans erregte in China Aufsehen, da man dort glaube, daß Japan nicht wünsche, auf einer internationalen Konferenz Fragen zu erörtern, die es als eine japanisch-chinesische Angelegenheit ansehe.

Einer Exchange-Meldung aus Neuport zufolge erklärt das in Tokio erscheinende Blatt „Nisshi Nisshi“, das japanische Schiffsbauprogramm müsse beibehalten werden. Die allgemeine Auffassung gehe dahin, daß Harding Vorschlag zurückgelehnt sei.

Der Eindruck in England und Amerika.

London, 15. Juli.

In politischen Kreisen Englands gibt man zu, daß durch die Tatfrage, daß Japan nur die Einladung zur Abrüstungskonferenz angenommen habe, ohne die Vorberatung über die Angelegenheit des Stillen Ozeans zu erwähnen, eine heikle Lage entstanden ist. Es sei daraus nämlich zu schließen, daß Japan nicht zulassen wolle, an seinen erworbenen Rechten in China, der Mongolei, Madoiwotol, der Insel Yap usw. zu zütteln. England wünscht dagegen sehr, die Triple-Entente für den Stillen Ozean, welche England aus den Schwierigkeiten des Bündnisvertrages mit Japan befreien soll, dessen Kündigung nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Kanada und Australien wünschen.

Paris, 15. Juli.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Die japanische Antwort auf die Einladung Harding, erregte wegen ihrer Zweideutigkeit großes Mißfallen in den Vereinigten Staaten. Man nehme an, daß Japan beabsichtige, vor der Washingtoner Konferenz seine Bedingungen mitzuteilen, das

unter die Beiseitlassung der Fragen betreffend Korea, Formosa, die Mandchurie und Sibirien. Inzwischen hoffe man, daß es England gelingen werde, diese japanischen Einmischungen zu beiseitigen. Möglicherweise werde Italien die Frage der interalliierten Schulden an die Vereinigten Staaten in Washington ansprechen.

Die Kriegsschulden an Amerika.

Berlin, 15. Juli.

Wie aus New York gemeldet wird, hat der Bundessekretär im Senat erklärt, daß die Alliierten nicht nur ihre Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten nicht bezahlt haben, sondern auch mit der Zinszahlung von 922.500.000 Dollar bis zum 15. Juni im Rückstande seien. Um wieder Ordnung in den Finanzdienst zu bringen, beabsichtigt das Schatzamt, die Liquidation der ausländischen Obligationen herbeizuführen. Der Schatzsekretär betonte, daß an eine Zahlung des Kapitals vorläufig nicht zu denken sei und daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht beabsichtigt, bündliche Reparationsansprüche zur Bedeckung der Schulden der Alliierten anzunehmen.

Ständig?

London, 16. Juli.

Aus Amerika eingehende Berichte bestätigen, daß Lloyd George im August vor. Is. die Stundung der interalliierten Schulden vorschlug, was auch die Regelung der Reparationsfrage erleichtert hätte. Eine Reiterungserklärung im amerikanischen Kongress ergibt, daß ein Abkommen auf Stundung für 15 Jahre noch nicht geschlossen worden, aber die Stundung beabsichtigt ist.

Französische Elle.

Paris, 14. Juli.

„Morningpost“ meldet: Die englische Regierung habe der französischen mitgeteilt, daß sie eine Verschiebung der Zusammenkunft des Obersten Rates bis nach der am 21. Juli erfolgenden Beendigung der Reichskonferenz wünsche. Die französische Regierung habe vorgeschlagen, die Verhandlungen am 24. Juli wieder aufzunehmen, nachdem die Sachverständigen die Vorarbeiten zu Ende geführt hätten. Mit Rücksicht auf die kurze Frist, die auf diese Weise den Sachverständigen gewährt würde, habe die englische Regierung die französische erwidert, die Frage einer erneuten Erwägung zu unterziehen.

Während bisher die französische Regierung die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien und die Sanktionen möglichst weit hinauszuschieben trachtete, hat sie es jetzt, wo britische Sachverständige nach Oberschlesien geschickt worden sind, ganz eilt. Welchen Absichten dieses plötzliche Drängen entspringt, wird man in London hoffentlich zu beurteilen wissen; jedenfalls scheint man seine Sachverständigen nicht zum Bluff nach Oberschlesien geschickt zu haben.

Deutscher Reparationsvorschlag an Italien.

Rom, 16. Juli. Von deutscher Seite ist der Vorschlag gemacht worden, den Plan der italienischen Regierung zur Elektrifizierung der Staatsbahnen zum Ausbau der Hilfe zur Bergbauentwicklung der Sümpfe, zur rationellen Verwertung der in Massen vorkommenden Braunkohle durch Zuzuführung deutscher Maschinen in die Tat umzusetzen. Der italienische Delegierte in der Reparationskommission ist angeblich auf dem Wege, Benoni darüber Vortrag zu halten. Eine Pariser Information der „Tribuna“ bestätigt diese Nachricht.

Eine Denkschrift der Reichsregierung über die Gewalttate und Greuelakten in Oberschlesien.

B. Berlin, 15. Juli. Die deutsche Regierung hat eine Anzahl geprüfter Fälle von Greuelakten der polnischen Injurgen während des Aufstandes in Form eines Weißbuches zusammengestellt. Das Weißbuch behandelt die eben menschlichen Empfinden Hohn sprechende Bestialität der polnischen Aufreiter und die namenlos Leiden der Bevölkerung des ober-schlesischen Abstammungsgebietes. Die Originale der Schriftstücke und Aufnahmen befinden sich in den Händen der deutschen Regierung.

Einigung im Bankaristrett in Aussicht.

B. Berlin, 16. Juli. Am Reichsarbeitministerium fanden gestern Besprechungen über den Tarifvertrag im deutschen Bankgewerbe statt, die eine schnelle Einigung der Parteien als aussichtsreich erscheinen lassen.

Der Einbruch bei Adolf Hoffmann.

Die rechtsstehende Presse wagt sich nun seit drei Tagen in Vergnügen, weil bei dem Führer der Kommunisten, Adolf Hoffmann, eingebrochen worden ist und die Täter mit nicht unerheblicher Beute davongezogen sind. Man kann wohl sagen, daß es noch nie einen Einbruch gegeben hat, über den sich so viele Leute diebisch freuen haben wie über diesen. Befangen bayrische Orgelbläser den „kaiserlichen Heiden“, der — in der Nacht aus dem Hinterhalt — den armen Garais niederknallte, so begeistert sich die „nationale“ Presse jetzt nicht weniger für die geheimnisvollen dunklen Gestalten, die mit Hilfe eines Nachschlüsselers in die Wohnung des Kommunisten drangen, um diesen von seinem Eigentum zu erleichtern. Neben dem Mord gehört neuerdings auch der Einbruch zu den Taten, die dem großen Teuf wohlgefällig sind, wenn sie an mißliebigen Politikern verübt werden.

Besonderen Aufhebens wird dabei von dem Verzeihnis der entmenschten Gegenstände gemacht. Goldene Ringe, silberne Ketten, soundsoviel Wertgegenstände, soundsoviel Brillanten, Smeden und noch intimere Gegenstände — ja, es ist ein Kammermädchen, das dem Verzeihnis nichts Aufregendes. Es ist im besten Falle bis Inventar eines gutausgestatteten Kleinbürgerbüchseins, der Person Adolf Hoffmann, dieses seltsamen „Revolutionärs“ durchaus entsprechend. Daß Hoffmann, der als Verleger, nicht immer der besten Sachen, sich einiges erbringt hat und nicht genötigt ist, das Leben eines Proletariats zu führen — wer führt es, wenn er nicht muß? — ist eben auch kein Geheimnis, das erst von Dieben mit der Blendlaterne aufgedeckt werden mußte.

Die Dummheit, die an der erbrochenen Türe der Hoffmannschen Wohnung Freudentänze aufführt, läßt sich kaum noch überbiegen. Sie wird höchstens überboten durch die Dummheit der „Koten Fähe“, die sich ängstlich gebüht hat, ihren Lesern Mitteilung von dem Vorfall zu machen. Fürchtet sie, daß die Zahl der Hoffmannschen Beikläner auf die Reibtheit der kommunistischen Gemüter vermindert wirken könnte? Dann schäme sie ihre Leser als eben solche Spießbürger ein, wie es jene der nationalpolitischen Presse sind, die sich an den schalen Späßen über den „exproprierten Kommunisten“ erfreuen. Und so wird es auch wohl sein: Spießbürger rechts und links, und einen, der zum Schaden noch den Spott hat, in der Mitte.

Internationale 2 und 2 1/2.

Die Wiener Antwort.

Die „Freiheit“ veröffentlicht jetzt den Wortlaut des Briefes, mit dem die Wiener Arbeitsgemeinschaft die bekannte Einladung der Labour Party zu einer Konferenz im Oktober beantwortet hat. Es wird zunächst ausgeführt, daß die Wiener Gemeinschaft angeschlossenen Parteien zu gemeinsamem Handeln verbunden sind, also einzeln an sie ergehende Einladungen nicht annehmen können. Zum Schluß wird dann, wie schon bekannt, die Bereitwilligkeit ausgesprochen, an „unverbindlichen Zusammenkünften zu rein informativischen Zwecken“ teilzunehmen. Das breite Mittelstück bildet Ausführungen des Inhalts, daß wegen der noch vorhandenen Verschiedenheiten der Grundfassungen „der Zeitpunkt für die Einberufung einer Konferenz auf breiter Grundlage noch nicht gekommen sei“. Im einzelnen wird ausgeführt:

In der Sache selbst gestatten wir uns zunächst darauf aufmerksam zu machen, daß der Zweck der möglichst einheitlichen Zusammenfassung der proletarischen Kräfte weder die „Sicherung und Stärkung der Zweiten Internationale“ noch die „Ausbreitung ihrer demokratischen Grundzüge im Gegensatz zur „Diktatur“ sein kann.

Als einzigen und ausschließlichen Zweck der Schaffung einer umfassenden Internationale können wir nur auffassen die Steigerung der Kampffähigkeit und Schloßkraft des internationalen Proletariats gegen die internationale Bourgeoisie bis zur schließlichen Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft in allen Ländern. In diesem Kampf handelt es sich auch nicht darum, die demokratischen Grundzüge in abstrakter und falscher Weise dem Prinzip der Diktatur gegenüberzustellen, weil die Kampfmittel des Proletariats sich anpassen müssen an die gegebenen Kampfbedingungen in einem jeden Lande, diese Bedingungen aber von Land zu Land verschieden sind.

Mit dem Ziel einer allumfassenden proletarischen Internationale erklärt man sich einverstanden, dazu gehöre aber eine Gemeinschaft der Grundfassungen, worüber dann weiter gesagt wird:

Diese Gemeinschaft der Grundanschauungen ist heute leider noch nicht verwirklicht, und als Zeichen dafür dürfen wir den Gegensatz auffassen, der heute zwischen den Grundthesen der Zweiten Internationale und der ärmeren IWSB. angeschlossenen Parteien besteht und der, um es mit einem Worte zu sagen, auf den Gegensatz zwischen der reformistischen und der revolutionären Auffassung des Klassenkampfes zurückzuführen ist.

Solange dieser Gegensatz weiterbesteht und gewisse der Zweiten Internationale angeschlossene Parteien sich nicht in höherem Maße zur Einigkeit über die Bedingungen und Möglichkeiten der proletarischen Revolution durchgerungen haben, fehlt die Basis der internationalen proletarischen Einigung.

In der Mittwochausgabe haben wir unseren Standpunkt festgelegt. Die alte Idee des Klassenkampfes muß und kann das Band werden, das die beiden Richtungen nach und nach wieder zusammenführt. Allerdings dürfen die ersten Einigungsversuche nicht dadurch gefährdet werden, daß man jetzt, wie die Wiener Arbeitsgemeinschaft es tut, eine Diskussion eröffnet über die Wortgebungen reformistisch oder revolutionär. Das läme hoch leichten Endes nur auf unfruchtbar Wortklauberei hinaus.

Klassenkampf ist nicht in die beiden Wesensbegriffe reformistisch oder revolutionär zu schneiden; der zurzeit einzige richtige und wesentliche Unterschied beruht auf dem Gegensatz: Demokratie und Diktatur.

Nachdem auch die Wiener Internationale (24) sich gegen die sogenannte Diktatur, d. h. gegen russische und sinnlose Ausschreitungen, entschieden hat, dürften auf diesem grundsätzlichen Gebiet nicht mehr viele Steine des Anstoßes den Weg der Einigung versperren.

Viel schwerere Hindernisse werden sich auf praktischem Gebiet aufürmen. In gutwilligen Besprechungen und Erwägungen werden aber auch diese sich beseitigen lassen. Jedenfalls wäre es ein Jammer, wenn sinnloser Wortklauberei wegen die Einheitsfront des Proletariats, die in aller Herzen brennt, sich wieder nicht erreichen ließe.

Merkwürdigerweise verursachen die Einigungsbestrebungen der proletarischen Parteien nicht etwa dem Bürgertum die größten Kopfschmerzen, sondern den kommunistischen Führern. Sie fürchten mit Recht, daß die Zugkraft der Moskauer Prophezie allmählich verdunsten wird, wenn Gewerkschaften und Arbeitermassen wieder geeinigt für ihr großes Ziel kämpfen werden.

Es ist deshalb bestimmt zu erwarten, daß die R. P. D. im Reich und auch in Lübeck das im Interesse der Einigung ausgesprochene gegenseitige Entgegenkommen der beiden sozialistischen Parteien benutzen wird, um aufs neue Uneinigkeit zu säen, um aufs neue dafür zu sorgen, daß Bürger und Kapitalisten sich ins Fäustchen lachen können.

Aber schließlich ist die R. P. D. zu dieser Stellungnahme schon deswegen gezwungen, weil sonst die bei ihr beamteten Moskajunglinge ihre Pflichten verlernen würden, denn eine geeinigte Arbeiterschaft würde schlimm aufräumen mit den meißten der jetzigen R. P. D.-Kreaturen.

Das wissen diese, und deswegen werden sie den Einigungsbestrebungen in den Rücken fallen, wo sie nur können. Alle Heßversuche der R. P. D. der nächsten Tage oder der nächsten Wochen sind von diesem Standpunkt aus zu bewerten.

Unsere obige Ankündigung, daß die R. P. D. die beginnende Einigung des Proletariats mit allen Mitteln bekämpfen werde, wurde schnell bestätigt. Kurz vor Schluß der Redaktion wird uns ein

Flugblatt der RPD.

überbracht, das genau unserer Voraussicht entspricht. Der der Einigung dienende Artikel „Klassenkampf“ des Volksboten vom Mittwoch wird in wütendster Weise angefallen. An sich kann der Volksbote mit dem Flugblatt sehr zufrieden sein, denn die einzigen Stellen des Flugblattes, die ihre Wirkung auf die Arbeiterklasse nicht verfehlen werden, sind dem Volksboten entnommen; nicht umsonst haben sie, wie das Flugblatt zeigt, den kommunistischen Kerger auf sich gezogen.

Aber wir wollen uns nicht herumzanken mit der „geistigen Größe“ der Lübecker Kommunisten; auch die persönlichen Anempfehlungen lassen wir links liegen. Eingehen wollen wir — leider nur kurz für heute — auf die Verleumdung und Beleidigung unseres Genossen Max Dells, Betriebsrat im Hochöfenwerk.

Ist es den Kommunisten noch nicht genug, daß sie den alligen Herzenssohn erlebt haben, als sie auf irgendwelche Behauptungen hin das Märchen von dem „verschüttgegangenem“ Grabener gläubigen und verbreiteten?

Und nun? Ihr Größten alle der R. P. D. bereitet Euch vor, lange Gefächler zu machen! Heute seid ihr nämlich zum zweiten Male hereingefallen. Aber viel schlimmer und blutiger als das letztmal. Nämlich: der Bericht des Nachtreisters Mahn entwirft in keiner Weise den Tatsachen.

Der Genosse Dells hat von der ganzen Flugblattverteilung erst erfahren, als die Unternehmung gegen die drei Flugblattverteiler längst eröffnet war. Wie kann er also Angeber gespielt haben? Im Gegenteil: es war gerade Genosse Dells, der bei der Verteilung solange vorstieß wurde, bis die bereits beschlossene Entlassung Schmidts rückgängig gemacht wurde.

Das alles wird eine gerichtliche Klärung Klipp und Klar beweisen. Wie der Polizeiwachtmeister Mahn zu seiner Meldung vom 20. Mai an die Staatsanwaltschaft kam, das zu unteruchen ist nicht unsere Sache, sondern Sache der R. P. D., die auch in diesem Falle der erstbesten unkontrollierten Behauptung nachläßt, nur weil ihr dadurch Gelegenheit geboten wird, einem verhassten Sozialdemokraten etwas anzuhängen. Jeder blamiert sich eben so gut er kann.

Wir werden am Montag auf die ganzen Vorgänge zurückkommen. Uns ist die Sache der Einigung des Proletariats viel zu heilig, als daß wir sie durch unüberlegte und unwahrscheinliche Verleumdungen von kommunistischer Seite beschmutzen und sabotieren lassen könnten.

Arbeiter, wollt Ihr Euch auch in Zukunft Moskau zuliebe und den Kapitalisten zur Freude zerfleischen, oder wollt Ihr endlich wieder einig werden? Überlegt und entscheidet.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 15. Juli.

Ämtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	15. Juli.	14. Juli.
Holland	100 fl. 2887.50	2407.50
Kopenhagen	100 Kr. 1197.50	1207.50
Stockholm	100 Kr. 1582.50	1592.50
Kristiania	100 Kr. 1012.50	1017.50
Helsingfors	100 Finn. Mk. 125.50	128.50
Schweiz	100 Frs. 1240.—	1295.—
Wien (all)	100 K. —	—
do. (neu)	100 K. 11.—	11.—
Budapest	100 K. 26.75	27.50
Prag	100 K. 99.—	100.—
Spanien	100 Pesetas 972.50	970.—
London	1 £ 272.—	274.50
Paris	100 Frs. 589.—	592.—
Belgien	100 Frs. 577.—	581.—
Italien	100 Lire 347.50	351.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll. 74.87	75.25
do. brieff. Ausz. od. Scheck	74.62	75.12
Bukarest	100 Lei —	—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 15. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit
	S.	Helene	Schneider	Fredericia	1
D.	Otto Rypen 23	Ahrens	Stettin	6	
D.	Westphalia	Ueder	Kopenhagen	1	

Angelommen am 16. Juli 1921.

S.	Gold	Kohannsen	Rudköping	2
S.	Helene	Walters	Naib	3
D.	Coburg	Lenin	Hamburg	1
D.	Hjelm	Rahmussen	Kopenhagen	1

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)
(Nachdruck verboten.)

Die nächste Woche (17.—23. Juli einschl.) wird nach unseren Ermittlungen die für die Landwirtschaft und Gartenbau so dringend notwendigen ergiebigen Niederschläge nach nicht bringen, vielmehr vorwiegend trocken verlaufen bis auf einige Tage um die Mitte der Woche (20.). Auch die Luftwärme, welche in den beiden ersten Tagen der Vormoche (10., 11.) unvermuet und plötzlich zu großer Höhe anstieg (+ 31.—33 Grad Celsius), jedoch nicht als Folge einer von Amerika oder England herübergekommenen sog. „Hitzwelle“ anzuspüren ist, sondern neben direkter Sonneneinstrahlung süd- und mitteleuropäischen Ursprungs war, ging ebenso schnell tief unter das Mittel zurück. Die 8-Uhr-Morgentemperaturen liegen heute (14.) in NW- und N.-Deutschland bis zu 7 Grad Celsius unter dem normalen Mittel und ebenso niedrig, als Ende (29.) Juni d. J. Der sog. „westliche Wettertypus“ dauert in unserem Bezirk auf absehbare Zeit noch fort. Das westeuropäische Hoch von 770 mm bringt stets wieder nach unseren Gegenden vor und beherrscht hier die Witterung im ersten und letzten Wochendrittel, vorübergehend um den 19. und 20. vor einem nordeuropäischen Tiefdruck-Ausläufer zurückweichend. Die Winde wehen meist Westen bis Nordwesten und freten besonders im Ostseeküstengebiete zeitweise stark und böig auf. Die Bewölkung wechselt stark und ist meist erheblich. Gewitter sind sehr selten. — Im einzelnen: 17. Juli: Wärmer, vielstark heiter, mäßige NW-Winde, trocken. 18. Juli: Warm, vorwiegend heiter, schwache zurückweichende W- bis SW-Winde, Temperatur steigend, trocken. 19. Juli: Wärmer, zunächst heiter, später im W und N zunehmend bewölkt, auffrischende S-Winde, nachmittags und abends im W bis N. Gewitterbildung und reichliche Regen. Im übrigen durchweg trocken. 20. Juli: Stark wolkig, teilweise trübe (N und O), vielstark starke SW- bis W-Winde: Wärme stark und plötzlich sinkend. Mit Ausnahme des Südens zeitweise Regenschauer, teils mit Gewittern. (19.) 21. Juli: Kühler, unbeständig, meist starkwolkig, böig, trübe bis starke NW-Winde. Durchweg trocken. 22. Juli: Sehr kühl, starkwolkig, zeitweise sonnig, böige NW-Winde, Temperatur sinkend; trocken. 23. Juli: Kühl, wolkig mit Aufbesserung, mäßige nordwestliche Winde, wenig Wärmeveränderung, trocken.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freisport Lübeck und Teufleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. — Druck und Verlag von Friedrich Meyer & Co., sämtliche in Lübeck.

CAJALONA
CAO
Zur Spezialität
 (Anschmälzung, Bläuhung, Aufhellung, Anschmälzung, Aufhellung, Anschmälzung, Bläuhung, Aufhellung)
Garb-Kaffee
 In Originalpackung in Dosenform
Garb-Kaffee-Fabrik
 Marienfeld
 Spezialität - Vollkommenheit

Zum Einmachen!
 Salizyl-Weinstein u. Zitronensäure,
 Salizyl-Lösung,
 Salizyl-Pergamentpapier,
 Flaschenlack, (4104)
 Korke,
 Schwefelfaden,
 Benzoe-Natron-Tabletten,
C. F. Alm, Holsten-
 straße 12.

Siertatin-Schrot
 bestes Massfutter für Schweine
Sierks Ferkelschrot
 sehr zu empfehlen
 liefern in altbekannter Qualität
H. H. Sierk & Sohn
 Mühlenwerke Harburg a. d. Elbe.
 Niederlage:
A. Steen, Stodtsharf b. Lübeck. (4105)

Göricke-Fahrräder
 in großer Auswahl - solide Preise (4165)
Nähmaschinen
 verschiedener Systeme, sowie Karbid in größeren und
 kleineren Mengen empfiehlt
Th. Vedder, Schwarz, Allee 37.
 Fernsprecher 1884.

Einer sage es dem Andern
 Einmal sage es dem Andern
 Einmal sage es dem Andern
 Einmal sage es dem Andern

1. Sonntag, den 16. Juli:
Trocadero
 Die beliebtesten
Erno Schräckel-Konzerte
 Küche und Keller bieten
 das Beste.
 Angenehmer Aufenthalt.
 Wilh. Strobach.
 (4166)

3. Ziegenschau
 am 17. Juli in der Hauptkassette am Bahnhof (4165)
 (Peterstraße), geöffnet von 11 Uhr mgs. bis 7 Uhr abds.

Jeden Sonntag u. Freitag:
Waffenhof
Tanz.

Jeden Sonntag und
 Donnerstag: (4162)
Adlershorst. Ball

Jeden Sonntag: Tanz. (4168) Dezent Eintritt frei,
Louisenlust.

Wegen zu großem Andrang
Noch 2 Tage!
Sommer-Ausverkauf
 zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Sport-Haus Paul Gassmann
 Lübeck, Mühlenstraße 34. (4127)

Minlosches Waschwassers
 Mein Mann hängt Millionen dran.
 Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich,
 wo nicht, wende man sich an
L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld. (4081)

Asthma
 kann geheilt werden. Sprechen
 Stunden in Lübeck, Linden-
 straße 3 a (Denkmal Helms)
 jeden Freitag von 10-11 Uhr.
Dr. med. Alberts,
 Spezialarzt, Berlin S.W. 11.

Kurhaus Israelsdorf.
 Morgen Sonntag:
Vornehmes Tanzkränzchen
 unter Mitwirkung des be-
 liebten, preisgekrönten Tän-
 zerpaars **K. Langer** nebst
 Partnerin aus Hamburg.
 Moderne Tänze,
 Dezent Musik.
 Küche und Keller liefern
 (4166) das Beste.
 Tel. 8622. **Dud. Jade.**

Flora
 Sonntag:
TANZ
 Eintritt frei. (4169)

Friedrich-Franz-Halle.
 Jeden Sonntag: (4098)
Tanz.
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
 Am Sonntag, 23. Juli:
Großer Ball.

Lindenhof-Israelsdorf.
 Am Sonntag: (4100)
 In den Veranden: **Konzert.**
 Eintritt frei.
 Im Saal: **Tanz.**
 Anfang 4 Uhr nachm.
 Tel. 1910. **Victor Klein u. A.**

Konzerthaus Lübeck.
 Am Sonntag: (4109)
 In den Veranden: **Konzert.**
 Eintritt frei.
 Im Saal: **Tanz.**
 Anfang 4 Uhr nachm.
 Tel. 1910. **Victor Klein u. A.**

Quartett „Italia“ v. 1903 Lübeck
 Chormeister **Otto Hauschild.**
Bannerweihe und Sommerfest
 am Sonntag, dem 17. Juli
 in sämtlichen Räumen des
Kolosseums.
Garten-Konzert u. Gesangsvorträge
 unter Mitwirkung der Gesangvereine
 „Graphische Liedertafel“ u. „Lyrn“. Anschließend
Gr. Fest-Ball.
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
 (4129) Der Vergnügungs-Ausschuß.

Konzerthaus Lübeck
 Sonntag, 17. Juli 1921.
Großes Frei-Konzert
 Abends **Ball.**
 Tel. 408. (4109) **H. Cytacks.**

Deutsch. Metallarbeiterverband
 Verwaltungsstelle Lübeck.
30 jähriges Stiftungsfest
 verbunden mit KONZERT und BALL
 am Sonntag, dem 31. Juli 1921
 im „Gewerkschaftshaus“.
 Preisschießen, Damen- und Kindervergnügen.
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Beginn des Schießens vormittags 11 Uhr.
 Preis der Karte für Herrn Mk. 3.—, für Damen Mk. 2.—
 (ausschließlich Steuer).
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht (4110)
 Die Ortsverwaltung.

Wer sparen muss mit seinen Kohlen
 läßt sich Persil zur Wäsche holen!

 Geringer Kohlenverbrauch, da nur einmaliges
 viertelstündiges Kochen. Größte Waschwirkung,
 die Wäsche wird blütenweiß, frisch und duftig
 wie auf dem Rasen gebleicht.
PERSIL
 ist das beste selbsttätige Waschmittel!
 Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.
 Alleinige Hersteller: **Henkel & Co., Düsseldorf.** (4118)

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund
 Ortsauschuß Lübeck.
Versammlung
 aller organisierten Erwerbslosen und in Arbeit
 stehenden Arbeitnehmer Lübecks
 am Montag, dem 18. Juli, abends 7 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“.
 Tagesordnung:
 1. Das Erwerbslosenproblem und die zehn
 Punkte des A. D. G. B.
 Referent: Gewerkschaftssekretär **Alfred Dreger.**
 2. Ansprache.
 Das Erscheinen aller organisierten Arbeitslosen und
 in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen ist er-
 forderlich. Zutritt haben nur freigezwungene
 organisierte Erwerbslose und Arbeitnehmer. Mit-
 gliedsbücher müssen vorgezeigt werden. Ohne die
 hat niemand Zutritt. (4158)
 Der Vorstand des A. D. G. B.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
 Verwaltungsstelle Lübeck.
 Distrikt **Stockelsdorf.**

Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, d. 19. Juli, abends 8 Uhr,
 im Lokale von **H. Dofe, Stodtsharf.**
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1921.
 2. Das 25 jähr. Bestehen unserer Zahlstelle.
 Referent: Kollege **J. H. Radde,** Lübeck.
 NB. Mit Rücksicht darauf, daß unsere Zahlstelle ihr
 25 jähriges Jubiläum feiert, ist es erwünscht, daß alle
 Mitglieder erscheinen.
 Auch von den auswärtigen Distrikten sind Mit-
 glieder freundlichst eingeladen. (4157)
 Die Distriktsleitung.

Adolf Weber,
 Magnetopath, 4106
 Allee 103 I.
 Sprechz. 10-12 u. 4-8.

Hansa-Theater
 Heute Sonntagabend:
 8 Uhr. (4148) 8 Uhr.

Stadthallen-Lichtspiele
 Zum ersten Male in Lübeck!
 Der Kabarettfilm:
Das Mädel vom Ballett!
 Ein köstliches Spiel in
 3 Akten. (4149)
 Persönliches Auftreten
 erster Künstlerinnen mit
 Gesang und Tanz:
Frau Josef Schmidt-Medig,
 I. Spitzentänzerin,
Fr. Gertr. Kiesel, Kon-
 zerttänzerin.
 Hauptdarsteller im Film:
Ossi Oswalda,
Harry Liedtke,
Marg. Kupfer,
Reinh. Schünzel.
Judith Trachtenberg.
 Eine Tragödie in 7 Akten
 nach dem berühmten Ro-
 man von **Carl Emil Franzos**
„Kaiserin Elisabeth“
 Außerdem herrliche
 Aufnahmen von **Pol-
 bam und Abgedung.**
 Aufführungszellen von
 7-10 u. 7-10 Uhr.

Mascottchen.
 Morgen Sonntag:
 Zum letzten Male:
 8 Uhr. 8 Uhr.
Der Traum vom Glück.
 Montag: 8 Uhr.
 Volkstümliche Vorstellung
 zu halben Preisen
Die Scheidungsreise.
 Dienstag 8 Uhr.
 Gastspiel **Edgar Pauly**
D. verschwundene Pauline.

Stadtheater Lübeck.
 Anf. 7 1/2, Sonntag, 17. Juli
 Die Postmeisterin.
 (Sonntagsvorstellung)
 Anf. 7 1/2, Dienstag, 19. Juli:
 Die Seele schwinget sich.
 Anf. 7 1/2, Mittwoch, 20. Juli:
 Der Mann im Wintermantel.
 Anf. 7 1/2, Mittwoch, 20. Juli:
 Kammerstücke. (4188)
 Der lächelnde Knabe.
 Die noch nicht abgeholt
 Abonnementskarten können
 am Donnerstag, Freitag
 und Sonnabend, nachmitt.
 von 8-8 Uhr, in der Thea-
 tertasse in Empfang genom-
 men werden.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 16. Juli.

Zu Zweien.

Die Woche ist beendet. Sechs harte, anstrengende Arbeitstage liegen hinter dem jungen Ehepaare. Nun dürfen die Hände — soweit das der kleine Hausstand gestattet — sechsunddreißig Stunden hindurch ruhen. Im Frühgefühl der kommenden Ferienstunden wandeln beide von der gemeinsamen Arbeitsstätte heimwärts. Er hat sich zur Würdigung des Wochenlaufes eine Zigarre zwischen die Lippen gesteckt. Ihr hat er einen Buschen Rosen gekauft. Die Leuchten nun rot und brennend aus dem Gürtel. Arm in Arm schreiten sie daher, eng aneinanderberührend. Heitere Worte flattern zwischen den beiden. Gelmisch hat sie den Blondkopf zur Seite geneigt. Ihre Lippen lachen. Ihre Augen leuchten. Er hat das braune Antlitz mit dem dunklen Haarbusch leicht zu ihr heruntergeneigt. Seine dreifachultrige Gestalt überragt ihre mädchenhafte Zierlichkeit um Haupteslänge. Ihr Worte wetteifern miteinander, wie sie sich den Sonntag vorbereiten wollen.

Eine traumliche Harmonie umfließt die beiden. Durch Sommer und Sonne schreitet ihre frohe Jugend. Starke und selbstbewußt ist ihr Schritt, frei und unangewungen jede ihrer Bewegungen. Mit glückseligen Blicken schaut sie in die Welt. Und die heiße Zukunft liegt vor ihren Schritten.

Ferienzeiten ist es. Aber die Sonne steht noch immer am Himmel. Lustig und klammernd blinzelt sie den beiden über der Weg. Mit goldigen Fingern streicht sie dem Manne über das krause Haar. Und in dem blondgelben der Frau verdrängt sie sich zu einem knirschenden Reibeln, das seinen roten Glanz ihr auch noch auf Stirn und Nacken gießt.

Ihr einen allein wär's fast zu schwer, die Kosten des Haushalts zu erschwingen. Nun schaffen vier junge, starke Hände. Demen ist es leicht, hier und da noch zu helfen, wo etwas noch fehlt oder vernachlässigt werden muß. Für's erste kann die Not an das junge Glück der beiden noch nicht heran. Das wissen sie. Und darum schauen sie sich auch so klar und froh in die Augen. Und was die Lippen einander zu sagen haben, ist Glück und Zufriedenheit. So schreiten sie heimwärts — heimwärts durch Sommer und Sonne.

Ueber die Fischereirechtsfrage in der Travemünder Bucht

Ueberreicht der Senat der Bürgerschaft ein Gutachten des Polizeiamtes, das folgenden Wortlaut hat:

Laut Niederschrift der Bürgerschaft vom 19. April 1921 hat die Bürgerschaft den von Höherm Senate zur Mitgenehmigung gestellten vierten Nachtrag zum Fischereigesetz vom 11. Mai 1896 in einer Fassung angenommen, die von der vom Senate vorgelegenen nicht unwesentlich abweicht. Während die Senatsvorlage in dem § 4 Absatz 1 des Fischereigesetzes nur die dem verträglichem Mitbesitzungsrecht der Lübecker Bürgerschaft in der Travemünder Bucht handelnden Worte ausmerzen wollte, so daß § 4 Absatz 1 in Zukunft nur noch den Hinweis auf das verträglichem Mitbesitzungsrecht der Lübecker Bürgerschaft in der Travemünder Bucht enthalte hätte, spricht die Bürgerschaft in der von ihr auf den Antrag von Dr. Wittern beschlossenen Fassung des § 4 Absatz 1 des Gesetzes von einem „verträglichem Mitbesitzungsrecht der Lübecker Bürgerschaft am Strande von der Travemünder Rede bis zum Hafftruger Rede“ (d. h. also in der Travemünder Rede und Hafftruger Rede bis zum Hafftruger Rede in Anspruch nehmen könne, wie sie denn auch von der Ansicht ausgeht, daß der Fischereirecht III die gesamte von der Linie Hartenbed-Hafftruger Rede eingeschlossene Seebucht umfasse. Weibes ist irrig. Das ausschließliche Fischereirecht, welches Lübeck auf der Travemünder Rede besitzt, leitet sich, wie das Staatsarchiv nachgewiesen hat, aus der Tatsache her, daß Lübeck auf diesem Gewässer stets die Staatshoheit ausübt hat in einer Weise, die die Rede zu einem Lübeckischen Eigenwasser stempelt. Dieses Hoheitsrecht erstreckt sich aber nur auf die Travemünder Rede und diese findet im Nordwesten mit dem Probiener Steinriff ihr Ende. Es erstreckt sich also zweifellos nicht auf die Travemünder Rede.

Die Fischereirechte, welche Lübeck auf der Travemünder Rede in Anspruch nehmen kann, rühen sich her aus den Privilegien der Herzöge von Holstein, die den Lübeckischen Fischern im 13. Jahrhundert das Recht eingeräumt hatten, in ihrem gesamten Herrschaftsgebiet den Fischfang auf dem Meere auszuüben. Nachdem in den folgenden Jahrhunderten die an der holsteinischen Küste eingeschlossenen Fischer und Bauern mit den Lübeckischen Fischern in Wettbewerb getreten waren, wurden die entstandenen Streitigkeiten für das Küstengewässer der Travemünder Rede durch den sogenannten „Meendorfer Vergleich“ beigelegt. Die Fischereirechte Lübecks in der Meendorfer Rede sind mithin nicht als Regalien anzuzurechnen, sondern sie sind lediglich vertraglicher Natur. Ein Mitbesitzungsrecht der Lübeckerischen Fischer wurde durch den Meendorfer Vergleich auch nicht erst geschaffen, es wurden deren Rechte nur, allerdings beträchtlich, erweitert.

Irrig ist ferner auch die in der Bürgerschaft zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß die Linie Hartenbed-Hafftruger Rede das außerhalb der Travemünder Rede liegende Lübeckerische Küstengewässer mitumfasse. Lübeck würde alsdann die Fischerei in einem Gebiete gesetzlich geregelt haben, das garnicht seiner Staatshoheit unterstand. Dafür, daß dies die Meinung von Senat und Bürgerschaft gewesen sei, sind Anhaltspunkte nicht vorhanden.

Die von der Bürgerschaft beschlossene Fassung enthält nach Ansicht des Polizeiamtes eine Ueberspannung unserer Ansprüche, die Lübeck in dem vielleicht noch bevorstehenden Verfahren vor dem Staatsgerichtshof sehr leicht schaden könnte. Aber auch mit Rücksicht auf die Anschließbestrebungen dürfte es nicht richtig sein, die Lübeckischen Rechte höher zu schrauben als sie tatsächlich sind. Das Polizeiamt empfiehlt daher Höherm Senate, sich bei der Bürgerschaft beschlossener Fassung nicht anzuschließen, vielmehr die ursprünglich beantragte Fassung von neuem der Bürgerschaft zur Beschlußfassung vorzulegen.

Das Staatsarchiv um seine Meinung befragt, hat sich dieser Ansicht angeschlossen. Der Senat vermag dem früher gefaßten Beschluß der Bürgerschaft nicht beizutreten und beantragt daher, den ursprünglichen Senatsantrag zum Beschluß zu erheben.

Ortsausschuß und Afa.

Am Donnerstag fand im „Gewerkschaftshaus“ eine gemeinsame Sitzung des Ortsausschusses und der Afa statt, um zu einer der brennendsten Tagesfragen, dem Erwerbslosenproblem, Stellung zu nehmen, und um Mittel und Wege zu finden, die Not der Erwerbslosen zu lindern. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der Kommunist Frank auf Grund eines Geschäftsordnungsantrages die Disziplinierung des Vorsitzenden der Betriebsrätezentrale, Gen. Delfs, wegen angeleglicher Denunziation. Die Versammlung ging jedoch über diesen Antrag zur Tagesordnung über. Hierauf verließen die Kommunisten geschlossen (3 Mann) den Saal. In der Diskussion über die Erwerbslosenfrage bezeichnete man das Verhalten der Kommunisten als Kriecherei. Mit einigem Unmut hätten sie sich heute aus der Affäre gezogen, zu der Erwerbslosenfrage Stellung nehmen zu müssen, und um event. geeignete Vorkehrungen zur Beseitigung der Not der Erwerbslosen zu machen. — Das Referat zur Erwerbslosenfrage hielt Gen. Dreger. In eingehender Weise schilderte er den schmerzlichen Eindruck der großen Erwerbslosigkeit auf unsern kranken Wirtschaftskörper. Wie diese Schäden könne jedoch nur die so. Behatzwirtschaft helfen. Heute herrsche überall noch ein gewaltiger Warenhunger, und trotzdem sei ein überhöhter Arbeitsmangel an der Tagesordnung, was einen schweren Fehler in unserm Wirtschaftsgebiete darstelle. Notwendig sei jedoch auch, daß die Arbeitenden dem Erwerbslosenproblem mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Nachdem der Redner des näheren auf die bekannten 10 Punkte des A. D. G. B. einzugehen war, erklärte er die Stellungnahme des Reichsministeriums und der Reichsregierung hierzu. Von keiner Seite seien jedoch ernsthafte Schritte unternommen worden, dieses Problem zu meistern. Diese 10 Punkte hätten jedoch auch bei den Erwerbslosen Hoffnungen erweckt, welche nicht erfüllbar sind. Redner verbreitete sich sodann darüber, was von diesen 10 Punkten in Lübeck durchführbar sei und betonte besonders, daß alle Einbürgerungsmittel immer nur Teilaktionen bleiben werden. Erforderlich sei jedoch, um den Erwerbslosen wirklich helfen zu können, nicht Partei, sondern Arbeiterwilligkeit zu treiben. — Nach diesem Referat setzte eine rege Aussprache ein, an welcher sich die Genossen Jahn, Haupt, Werner, Freyher, Schmidt, Burkhardt, Menckner, Möller, Steuer und Meink beteiligten. Von allen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht,

daß die Frage der Kurzarbeit nicht diskutierbar sei, da für den größten Teil der Arbeiterschaft selbst bei Vollarbeit das Existenzminimum noch nicht gesichert sei, und diese Kurzarbeit dem Lohnabbau gleichbedeutend sei. Zu fordern sei, daß der Lübecker Staat bedeutend mehr Mittel für produktive Kostendruckarbeiten zur Verfügung stelle. Die Arbeitslosenfrage sei heute eine Nachtfrage, und eine gänzliche Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei auch nur auf internationalem Wege möglich. In seinem Schlußwort unterstrich Gen. Dreger noch die in der Diskussion gemachten Ausführungen. Der Standpunkt des Ortsausschusses und der Afa konnte dahin zusammengefaßt werden, daß die hiesigen Gewerkschaften bereit sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Not der Erwerbslosen zu lindern. Um der gesamten organisierten Arbeiterschaft die Wichtigkeit dieser Frage eingehend darzulegen, beschloß man, am Montag, dem 18. Juli, eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung einzuberufen, in welcher die hiesige organisierte Arbeiterschaft ebenfalls auf dieser Frage Stellung nehmen soll. — Verschiedene Eingänge erlegte man zu Beginn der Sitzung. Der Betriebsrätezentrale billigte man 2 Vertreter im Ortsausschuß zu. Zu dem Streik der Friseur und Friseurinnen wurde ersucht, die Arbeiterschaft aufzuklären, während des Streiks die Geschäfte zu meiden, welche nicht bewilligt haben, und nur die fliegenden Friseurstuben zu benutzen. Die Gastwirtschaftlichen forderten die Einreichung des Kaschierenscheines an den hiesigen Arbeitsnachweis, um eine gerechtere Vermittlung zu erzielen. Die Delegierten erklärten sich mit den zu treffenden Maßnahmen einverstanden. Gleichzeitig wurden die Gewerkschaftsleiter ersucht, für ihre Organisation umgehend im Gewerkschaftssekretariat die Karten für das Gewerkschaftsfest, welches am 7. August stattfindet, abzuholen.

An die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft Lübecks!

In der gemeinsamen Sitzung des A. D. G. B. Ortsausschusses Lübeck und des Ortskartells der Afa am 14. d. M., wurde zu dem Streik im Friseurgewerbe Stellung genommen und einstimmig beschlossen, diesen Streik bei am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmern Lübecks mit allen Mitteln zu unterstützen. Es wurde beschlossen während der Dauer des Streikes allen Angehörigen in der angeschlossenen Gewerkschaften zu empfehlen, ihre Bedürfnisse auf Kasernen und Haarscheiben nur in den fliegenden Friseurstuben zu befriedigen. Weiterhin wurde beschlossen, alle Arbeiterkassen, deren Töchter als Friseurinnen tätig sind, aufzufordern, ihre Kinder zu veranlassen, daß auch sie sich in dem Kampfe der Friseurinnen um eine tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht als Streikbrecherinnen miteinbringen lassen. Wir bitten hiermit alle diesigen Eltern, deren Töchter in diesem Berufe tätig sind, dieser Aufforderung nachzukommen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte Lübecks! Der Kampf der Friseur und Friseurinnen muß auch Euer Kampf sein, meidet in dieser Zeit diejenigen Friseurgeschäfte, die sich den berechtigten Forderungen der Gehilfen entgegenstellen. Sucht nur fliegende Friseurstuben auf. Hebt Solidarität.

Der Vorstand des A. D. G. B. und des Ortskartells der Afa.

An die organisierte Arbeiterschaft Lübecks! Achtung organisierte Erwerbslose Lübecks! Laut Beschluß der Versammlung des Ortsausschusses findet am kommenden Montag im Gewerkschaftshaus eine gemeinsame Versammlung aller organisierten Erwerbslosen und in Arbeit stehender Arbeitnehmer Lübecks statt. Der Ortsausschuß des A. D. G. B. macht alle organisierten Erwerbslosen und in Arbeit stehenden Arbeitkollegen und Kolleginnen auf diese Versammlung aufmerksam. In dieser Versammlung soll Stellung genommen werden zu dem Erwerbslosenproblem und den 10 Punkten des A. D. G. B. Zutritt zu dieser Versammlung haben nur organisierte Arbeitnehmer. Verbandsbuch muß vorgezeigt werden, ohne dieses hat niemand Zutritt. Der Vorstand des Ortsausschusses.

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

Schlus.

„Mit Eurer Erlaubnis, Ihr Herren“, sagte der Uralt zu den Alten. „Läßt mich hier ein wenig abhaken, daß ich mit dem Weibli noch ein Glas Wein gebe! Er wird dann schläfrig und still, wie ein Lämmlein!“

Wo leiste er sich ohne weiteres mit seinem Fräulein in die Gesellschaft hinein, und der Sohn schaute wirklich sanft und ehrerbietig umher. Doch sagte er alsobald: „Ich möchte aus dem Altherren Krüglein dort zu trinken!“ — „Bist du mir ruhig oder schläge dich ungepöht in den Erdboden hinein!“ sagte der Alte; als ihm aber Hediger den gefüllten Becher aufschob, sagte er: „Nu so denn! Wenn's die Herren erlauben, so trink, aber laß mir nit alles.“

„Ihr habt da einen muntern Knaben, Manno“, sagte Frymann, „wie alt ist er denn?“ — „So“, erwiderte der Alte, „er wird mir ums Neufahr herum so zweiundfünfzig werden; wenigstens hat er mit Anno 1798 schon in der Wiege geschrien, als die Franzosen kamen, mir die Küll weggetrieben und das Süttlein anzündeten. Weil ich aber einem Paar davon die Köpfe gegeneinander gestoßen habe, mußte ich flüchten und das Weibli ist mir in der Zeit vor Elend gestorben. Darum muß ich mit das Parzäll allein erziehen.“

„Habt Ihr ihm keine Frau gegeben, die Euch hätte helfen können?“

„Nein, bis dato ist er mir noch zu ungeschickt und wild, es tut's nicht, er schlägt alles kurz und klein!“

Inzwischen hatte der jugendliche Augenichts den würdigen Becher ausgeleert, ohne einen Tropfen darin zu lassen. Er klopfte sein Pfeifchen und blinzelte gar vergnügt und friedlich im Kreis umher. Da endete er die Hermine und der Straß weiblicher Schönheit, der von ihr ausging, entzündete plötzlich in seinem Herzen wieder den Ehrgeiz und die Neigung zu Kraftäußerungen. Als sein Auge zugleich auf Karl fiel, der ihm gegenüber saß, freute er sich einladend den getrunnenen Mitteltrüger über den Tisch hin.

„Halt inn, Bursch! Reist dich der Satan schon wieder?“ hörte der Alte ergrimmt und wollte ihm am Krage nehmen. Karl aber sagte, er möchte ihn nur lassen und ging seinen Mitteltrüger in denjenigen des Wägen, und jeder suchte nun den andern an sich herbeizuziehen. Wenn du mir dem Herrlein was lust über ihn den Kinder austrenst!“ sagte der Alte noch. „Ich nehm

ich dich bei den Ohren, daß du es drei Wochen spürst!“ Die beiden Hände schwebten nun eine geraume Zeit über der Mitte des Tisches; Karl verzog halb das Lachen und wurde purpurrot im Gesicht; aber zuletzt zog er allmählich den Arm und den Oberkörper seines Gegners merklich auf seine Seite und damit war der Sieg entschieden.

Ganz verblüht und betrübt sah ihn der Entschloßener an, fand aber nicht lange Zeit dazu; denn der über seine Niederlage nun doch erhobte Uralt gab ihm eine Ohrfeige, und beschämt sah der Sohn nach Hermine; dann fing er plötzlich an zu weinen und rief schluchzend: „Und ich will jetzt einmal eine Frau haben!“ — „Komm, komm!“ sagte der Papa, „jetzt bist du reif fürs Bett!“ Er packte ihm unter dem Arm und tröste sich mit ihm davon.

Nach dem Abzug dieser wunderlichen Erscheinung trat eine Stille unter die Alten, und alle münderten sich abermals über Karls Werte und Verrichtungen.

„Das Lammte lediglich vom Turnen“, sagte er beschneiden, „das gibt Uebung, Kraft und Vorteil zu dergleichen Dingen, und fast jeder kann sie sich aneignen, der nicht von der Natur vernachlässigt ist.“

„Es ist ja!“ sagte Hediger, der Vater, nach eigenem Nachdenken, und fuhr begeistert fort: „Darum preisen wir ewig und ewig die neue Zeit, die den Menschen wieder zu erziehen beginnt, daß er auch ein Mensch wird, und die nicht nur dem Kunter und dem Veracht, nein, auch dem Schöneverstand befehle, seine Glieder zu üben und den Leib zu veredeln, daß es sich rühren kann!“

„Es ist ja!“ sagte Frymann, der ebenfalls aus einem Nachdenken erwascht war; „und auch wir haben alle mitgerungen, diese neue Zeit herbeizuführen. Und heute feiern wir, was unsere alten Köpfe betrifft, mit unserm Fähnlein den Abschluß, das „Ende Feuer!“ und überlassen den Rest den Jungen. Nun hat man aber nie von uns sagen können, daß wir Karstinnia auf Irrtum und Mißverständnis beharrt seien!“ Im Geantell unter Bestehen ging dahin, immer dem Vernunftgemäßem, Wahren und Schönen zugänglich zu bleiben; und so nehme ich frei und offen meinen Anspruch in bezug der Kinder zurück und lobe dich ein, Freund Chäpper, ein alteses zu tun! Denn was können wir zum Abenten des heutigen Tages, Besseres stiften, pflanzen und gründen, als einen lebendigen Stamm, hervorgegangen recht aus dem Schoße unserer Freundschaft, ein Haus, dessen Kinder die Grundzüge und den unentwegten Glauben der sieben Aufrechten aufbewahren und übertragen?“ Wohlan denn, so nebe her Bürgel sein Himmelbett her, daß wir es anrücken! Ich lese hinein die Anmut und werbliche Reinheit, die die Kraft, die Entschlossenheit und Gewandtheit, und damit vorwärts, weil sie jung sind, mit dem aufsteigenden gelben Fähnlein! Das soll ihnen verbleiben und sie sollen es aufbewahren, wenn wir einst

aufgelöst sind! So leiste nun nicht länger Widerstand, alter Hediger, und gib mir die Hand als Gegenschwäger!“

„Angenommen!“ sagte Hediger feierlich, „aber unter der Bedingung, daß du den Jungen keine Mittel zur Einfalligkeit und herzlosen Prahlerei aushingißt! Denn der Teufel gräßt um und lacht, wen er verhängt!“

„Angenommen!“ rief Frymann, und Hediger: „So grüße ich dich denn als Gegenschwäger, und das Schweizerblut mag zur Hochzeit angezapft werden!“

Alle Sieben erhoben sich jetzt, und unter großem Hallo wurden Karls und Hermine's Hände ineinander gelegt.

„Glück zu; da gib's eine Verlobung, so muß es kommen!“ riefen einige Nachbarn, und gleich kamen eine Menge Leute mit ihren Gläsern herbei, mit den Verlobten anzustoßen. Wie bestellst du auch die Musik ein; aber Hermine entwand sich dem Gedränge, ohne jedoch Karls Hand zu lassen, und er führte sie aus der Hütte hinaus auf den Festplatz, der bereits in nächstlicher Stille lag. Sie gingen um die Fahnenturm herum, und da niemand in der Nähe war, standen sie still. Die Fahnenturme wollten geschwähig und lebendig durcheinander, aber das Freundschaftsfähnlein konnten sie nicht entdecken, da es in den Falten einer großen Nachbarn verhängt und wohl aufgehoben war. Doch oben im Sternenschein schlug die eidgenössische Fahne, immer einsam, ihre Schimppchen, und das Rauhen ihres Zeugens war jetzt deutlich zu hören. Hermine leate ihre Arme um den Hals des Bräutigams, küßte ihn freiwillig und sagte bewegt und zärtlich: „Nun muß es aber recht hergehen bei uns! Mögen wir so lange leben, als wir brav und tüchtig sind und nicht einen Tag länger!“

„Dann hoffe ich lange zu leben, denn ich habe es gut mit dir im Sinn!“ sagte Karl und küßte sie wieder; „aber wie steht es nun mit dem Regiment? Willst du mich wirklich unter den Pantoffel kriegen?“

„So sehr ich kann! Es wird sich indessen schon ein Recht und eine Verfassung zwischen uns ausbilden, und sie wird gut sein, wie sie ist!“

„Und ich werde die Verfassung gewährleisten und bitte mir die erste Genaterrschaft aus!“ ertönte unerbittlich eine kräftige Bestätigung. Hermine reichte das Köpfchen und sagte Karls Hand, der trat aber näher und sah einen Wackelstößen der nachgahenden Schwärzlichen, der im Schatten eines Weilers stand. Das Metall seiner Ausrüstung blinkte durch das Dunkel. Jetzt erkannten sich die jungen Männer, die nebeneinander Naturien gewesen, und der Paragauer war ein stattlicher Konversant. Die Verlobten setzten sich auf die Stufen zu seinen Füßen und erzählten sich was mit ihm wohl eine halbe Stunde, ehe sie zur Gesellschaft zurückkehrten.

Der Vollzugsrat tritt am Mittwoch, dem 20. d. M. abends 6 Uhr zu einer wichtigen Besprechung im Sekretariat zusammen. Kollegen, haltet Euch diesen Tag frei. Erscheinen müssen alle. Der Vorstand.

Achtung, Betriebsräte und Betriebsobleute (Ausschüsse). Am Mittwoch, dem 20. d. M. abends 7 Uhr findet eine Betriebsrätegeneralversammlung statt. Wir machen schon heute auf diese Versammlung aufmerksam und bemerken, daß wichtige Angelegenheiten zur Erledigung kommen. Das Erscheinen aller B. R. und B. O. ist daher unbedingt erforderlich. Die Betriebsrätegeneralversammlung.

Achtung, Jungsozialisten! Morgen Sonntag, den 17. Juli, Frühstunde nach Sobelied. Treffpunkt 7 Uhr Schloßhof. Nachmittags 4 Uhr Jubiläumskunst der Lübecker, Moorparkener und Stöckendorfer Jungsozialisten im Gewerkschaftshaus. Um zahlreichem Besuch wird gebeten. Der Arbeitsausschuß.

Achtung, Gewerkschaftskassierer und Vertrauensleute. Es wird gebeten, umgehend die Karten für das Gewerkschaftsfest auf dem Sekretariat in Empfang zu nehmen. Es müssen alle Gewerkschaftsvorstände und Kassierer ungekündigt den Vertrieb der Karten in Angriff zu nehmen.

Zum Streik im Friseurgewerbe.

Unsere Forderung erkannte weiterhin an W. Diekmann, Drögstraße 16. Der Verband macht noch darauf aufmerksam, daß die fliegenden Kassetten von jetzt ab auch Sonntag von 8—11 Uhr geduldet sind, um dem Publikum nicht Gelegenheit zu geben, die Arbeiter zu belästigen zu müssen. In jeder fliegenden Kassetten- und Friseurinnen zum Demonstrieren in und außer Hause zur Verfügung bereit. Wir bitten um rege Unterstützung. Die Streikleitung.

Zum bürgerlichen Mitglied bei der Stützungsbehörde hat die Bürgerin Frau Elisabeth Stark an Stelle des auf seinen Antrag aus diesem Amte entlassenen Kaufmannes Theodor Duhmann erwählt.

Postverkehr mit Oberschlesien. Nach Orten des bisherigen Aufstanzgebietes in Oberschlesien sind Postsendungen aller Art wieder zugelassen. Die Wertgrenze für Briefe und Pakete wird jedoch auf eintaufend Mark beschränkt, weil die Verkehrssicherheit noch nicht völlig wieder hergestellt ist.

Nochmals die Umlegung der Abgabenerhöhung auf die Mieter. Das Einigungsamt hat, wie es uns schreibt, wiederholt darauf aufmerksam gemacht, es werde es zulassen, daß neben der veränderlichen oder festgesetzten Miete in diesem Jahr von den Mietern auch die eingetretenen Erhöhungen der öffentlichen Abgaben gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1920 anteilmäßig getragen werden. Wo ein Hauseigentümer es verläßt, hat sich hierüber zu Beginn des Jahres mit seinen Mietern zu verständigen und insoweit ihm bisher erwachsene Abgabenerhöhungen selbst hat tragen müssen, kann er für die Zukunft die Festsetzung einer Miete unter Berücksichtigung der veräußerten Abgaben beantragen. Das Einigungsamt wird dann bei der Entscheidung die im vergangenen halben Jahr dem Vermieter durch die Weigerung des Mieters entstandenen Verluste mit berücksichtigen, indem es diese auf die Miete der nächsten Vierteljahre aufschlägt. Außerdem würden in einem solchen Falle den Mietern die Kosten treffen. Es wird also nochmals vom Einigungsamt dringend empfohlen, daß Vermieter und Mieter sich auf der vom Amt wiederholt bekanntgegebenen Grundlagen verständigen.

Programme der Nordischen Woche. Durch Hinausendung unserer Prospekte, durch Berichte in den Zeitungen, durch Plakatanschlag und Annoncen ist in weiten Kreisen Interesse für die Nordische Woche geweckt. Es gilt nunmehr, alle diejenigen, mit deren Interesse gerechnet werden kann, nach Lübeck zur Nordischen Woche heranzuziehen. Hieran stellt die Nordische Woche kostenlos die jetzt fertiggestellten Programme der Nordischen Woche zur Verfügung, welche bei Max Schmidt, Buchdruckerei, Mengstraße 16, oder beim Fremdenverkehrsbüro, Mengstraße 4, abgeholt werden können. Man sende diese Programme an alle, deren Besuch man zur Nordischen Woche erwünscht. Es gilt nunmehr, durch Heranziehung einer großen Zahl von Besuchern der Nordischen Woche den Erfolg zu sichern.

Einem guten Fisch machen, wie uns berichtet wird, die beiden Bademeister der Freibadanstalt Marii, die Herren Lidag und Schenke. Sie gemahnten draußen in der Watenik einen großen Wels, dem sie nachzogen und erlegten. Der Schlimmerling soll etwa zwei Meter Länge und sein Gewicht annähernd 2 Zentner betragen.

Lübeck als Tagungsort. Der Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Kanarienzüchter, Eich Berlin, findet am 6—8 August in Lübeck statt.

Die dänische Butter wird teurer. Aus Kopenhagen wird berichtet: Die dänische Butter ist infolge gesteigerter Ausfuhr und höherer Auslandspreise im Preise bedeutend gestiegen. Die Notierung dieser Woche für 540 Kronen für 100 Kilogramm gegen 445 Kronen in der Vorwoche. — Wieder ein Rebhahn für die deutschen Agrarier, die als Preisstreiber in erster Linie in Frage kommen.

Die Seele schwärmt sich. Wir weisen nochmals auf die am Dienstag, dem 19. Juli, im Stadttheater stattfindende Aufführung des Schwantes von Alfons Schulk: „Die Seele schwärmt sich“ hin. Das Stück behandelt ein sehr aktuelles Thema: Den Spiritismus und die okkulten Wissenschaften. In heiteren und abwechslungsreichen Bildern, wie die große spiritistische Sitzung und die jenseitige Studentenzene mit den lustigen Burleskenliedern zeigt uns der Verfasser, zu welchen Ungeheuerlichkeiten die Materialtheorie in ihren letzten Konsequenzen gelangen kann. Die schwierige und komplizierte Inzenierung und die Hauptrolle hat Herr Heidemann. — Auf die am Sonntag, dem 17. Juli, stattfindende Aufführung der neuen Operette „Die Postmeisterin“ von Leon Jessel, machen wir noch einmal aufmerksam.

Die 3. Ziegenjahre findet am 17. Juli in der Ruhpsiedhalle am Bahnhof bei der Weierbrücke statt. Die Beschäftigung ist gut. Die Schau ist von 11 Uhr mittags bis 7 Uhr abends geöffnet. Am Nachmittag findet das beliebte Probemelken und die Ausgabe von Kollproben von Ziegenmilch statt. Die Linie 11 der Straßenbahn hat bei der Weierstraße eine Haltestelle. Von dort ist die Schau über die Brücke in wenigen Minuten zu erreichen.

Sauft-Theater. Heute Sonnabend gelangt „Mac Scotten“ und morgen Sonntag „Der Traum vom Glück“ zur letzten Aufführung. Montag findet als vollständige Vorstellung die beliebte Schwankoperette „Die Scheidungsreise“ in halben Preisen statt und Dienstag beginnt das Schauspiel „Edgar Pauley“ in dem lustigen Schwank „Die verführerische Pauline“.

ph. Regen. Heineidoverhafts verheiratet wurde eine in der Al. Uferstraße wohnhafte Haushälterin. — Festgenommen wurde ferner ein Arbeiter, der einem in der Mengstraße wohnhaften Kaufmann diverse Einrichtungsgegenstände gestohlen hatte.

ph. Um 1000 Mark geklaut. Bei einem Reparaturwerk auf dem Bahnhofsplatz war der 21jährige Elektriker Sales aus Lübeck als Kassier beschäftigt. Nachdem dieser etwa 1000 Mark vereinnahmt hatte, verließ er mit dem Geld. Sales mochte als Kassier in der Weierstraße. Seine Logiswirtin hat die Anzeige gemacht, daß ihr zehn verschiedene Damen- und Herrenkleider fehlen, die ihr Ehemann für Kunden in Reparatur genommen hatte. Diese gefehlen zu haben, fest Sales in dem bringenden Verdacht.

Der 2. U-Boot-Prozess in Leipzig.

Leipzig, 16. Juli.

Nachdem die Beweisaufnahme abgeschlossen ist, nimmt der Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer

das Wort zu der Anklage und führt aus: Jeder, der der Verhandlung gefolgt sei, werde zugeben müssen, daß alles geschehen ist, was zur Aufführung des Tatbestandes dienen konnte. Er schildert dann die Vorgänge, die zur Versenkung des Lazarettsschiffes führten und fährt fort:

Ein Beweis dafür, daß das U-Boot das Rettungsboot hätte rammen wollen, ist nicht erbracht. Als er gesehen ist, als das Rettungsboot 1/2 Seemeile von ihm entfernt war. Die Frage, ob die Versenkung zu Recht oder zu Unrecht erfolgte, interessiert uns hier in keiner Weise, sondern Gegenstand der Verhandlungen ist, was der Versenkung des Lazarettsschiffes nachfolgte, die den Angeklagten zur Last gelegte Zerstörung und Versenkung der Rettungsboote und Tötung der darauf befindlichen Menschen. Es ist deshalb wie gesagt, für uns ganz unerheblich, ob Kapitänleutnant Bahig dieses Lazarettsschiff mit Recht oder Unrecht versenkte oder ob er sich dem Glauben hingab, er sei zur Versenkung berechtigt. Noch unerheblicher für uns aber und vollkommen gleichgültig ist die weitere Frage, ob von englischer Seite überhaupt jemals ein Mißbrauch mit Lazarettsschiffen stattgefunden hat. Man trat in dieser Richtung seitens der Verteidigung einen sehr umfangreichen Beweis an. Ich erachtete, wie ich schon gestern bemerkte, diesen Beweis von Anfang an für unsere Sache durchaus unerheblich und hat deshalb seinerzeit, den Beweis abzulehnen. Das geschah auch, aber daraufhin hat die Verteidigung den bestreuten Zeugen unmittelbar geladen, und so kam der Senat in eine gewisse Zwangslage, die eine mit den deutschen Prozeßgesetzen nicht vertraute Persönlichkeit vielleicht nicht ganz, ohne weiteres begreifen mag. Der Senat war nunmehr mit Rücksicht auf die Bestimmung des § 244 der Strafprozeßordnung gezwungen, die von der Verteidigung zur Hauptverhandlung geladenen Zeugen zu vernehmen; er konnte lediglich in Anwendung des § 244 bei einzelnen Fragen, die man den Zeugen stellte, diese Fragen mit der Erklärung zurückweisen, daß sie nicht zur Sache gehörten oder ungeeignet seien. Man hat infolgedessen also diesen Beweis zunächst zu erheben begonnen und einige Zeugen darüber vernommen, daß von englischer Seite Mißbrauch mit Lazarettsschiffen getrieben wurde. Irgendwelche Erfolge hatte m. E. der Beweis, soweit er geht, wurde, nicht.

Ich bemerkte auch gestern schon, daß wir davon ausgingen, daß derartige einseitige Beweiserhebungen irgendwelche Bedeutung nicht haben könnten. Wie der Herr Präsident gestern bemerkte, eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, müssen beide Teile gehört haben. Es wäre notwendig gewesen, der Gegenseite das Wort zu geben und über diese einzelnen hier aufgestellten Behauptungen die erforderlichen Erhebungen anzustellen und die nötige Zahl von Gegenbeweisen zur Stelle zu bringen. Es würde dem deutschen Rechtsempfinden direkt widersprechen, wenn man auf Grund derartiger einseitiger Beweiserhebungen irgendwelche Tatsachen zu Gunsten oder zu Ungunsten des einen oder des anderen Teiles als feststehend erachtet hätte. Ich glaube auch nicht, daß der hohe Gerichtshof in der Lage sein wird, nach dieser Richtung hin irgendwelche Feststellungen dahin zu treffen, daß erwiegen sei, daß von englischer Seite Lazarettsschiffe mißbraucht wurden. Es darf dabei nur darauf hingewiesen werden, daß wir gestern eine Reihe englischer Zeugen hörten und heute noch den Major Lyon, die uns versicherten, daß nie ein derartiger Mißbrauch vorgekommen sei.

Die Feststellung, daß geschossen worden ist, läßt sich aber durch nichts ans der Welt schaffen. Welchen Zweck hatte dies Schießen? Die Anklage nimmt an, daß es die Feinde der Tat befehligen sollte, und wird in dieser Auffassung bestärkt durch den Umstand, daß auch unter der U-Boot-Mannschaft kaum einer war, der nicht annahm, daß das Schießen allein der Vernichtung der Rettungsboote gedient habe. Ich nehme an, da Bahig gemeinsam mit den Angeklagten den Plan gefaßt hat, auf die Rettungsboote zu schießen. Die Angeklagten können sich nicht dahinter verschänzen, daß sie in Ausführung eines ihnen erteilten Befehls gehandelt haben. Wie ist nun das Ausschließen Bahigs in der heutigen Verhandlung zu erklären? Es erscheint ausgeschlossen, daß Bahig sich aus Furcht der Verantwortung entzieht, und daß er seine Kameraden, die er für unschuldig hält, hier vor Gericht im Stich läßt. Sein Ausschließen kann doch nur den Sinn haben: Wir sind alle drei schuldig, wenn ich komme, so kann ich mir nur schämen, aber meinen Kameraden nicht schämen. Wären die Angeklagten unschuldig, so könnten sie doch frei und offen erklären, daß Bahig habe schießen lassen, weil er der Meinung war, feindliche Streitkräfte seien inzwischen an der Versenkungsstelle erschienen.

ph. Diebstahl. Aus einer Bodenkammer am Klingenberg sind ein neuer hellbrauner Sommeranzug, ein blauer getragener Herrenanzug mit umgeschlagenen Ärmeln, eine gestreifte Hose, ein Paar neue hellbraune Stiefel, ein Paar getragene schwarze Schnürschuhe, 10 Taschentücher, und 6—8 Paar ungetragene graue Strümpfe sowie verschiedene Herrenleibwäsche und eine Armbanduhr mit Lederriemen gestohlen worden.

Angrenzende Gebiete.

Rageburg. Ein Großfeuer zerstörte die Dampfzweigleitung von Thors in benachbarten Weierau bis auf die Grundmauern. Das Maschinenhaus wurde von den vereinigten Feuerwehren getretet. Das Feuer ist angeblich auf Brandstiftung zurückzuführen.

Hamburg. Gericht über einen Provokateur. In der Bürgerstadt wurden am Freitag dem provokatoren Oberlehrer Dr. Kibberhoff die Leuten verlesen, der in der vorliegenden Sitzung die Sozialdemokraten in so frecher Art angerepelt hatte. Der Feindtrier mit der nationalsozialistischen Phrase hatte es gewagt, der Arbeiterschaft und der Republikanischen Volkspartei vorzuerufen und die nationale Bewegung abzuspüren und behauptet, keinen Finger für seine Klammern gerührt zu haben. Diesem allerbüchsten Rathgeber wurde nachgewiesen, daß er wie der jüdischeste Drückerberger an seine Vorgesehnen geschrieben hat und zum Bezirksfeldwebel gelaufen ist, um sein bürgerliches Oberlehrerleben vor dem Schützengraben zu retten, für den es täglich reif war. Und diese Schande für die Deutsche „national“ „Volkspartei“ stellt sich hin und will über die richtigen, die für ihn an der Front waren, damit er ruhig den allerbüchsten Zeit in seine Schüler hineinpauken konnte. Er bekam es gelohnt. Von den Genossen Eisenhart und Hallerstedt wurde die Erklärung vollzogen. Wie Weitschanden hielten die Schläge auf den Gerichten, der in all seiner Schande nichts Besseres zu tun wußte, als höhnen vor sich hinzugieren, was ihm zurufe aus der Mitte und von links als das Zeichen seines moralischen Niederganges deutlich machten. Jämmerlich des Gestammel, das er vorzubringen wagte. Wie ein edler Untertan berief er sich auf seinen — toten Direktor. Er konnte nichts mehr retten, nicht einmal seine Parteifreunde sprachen mit ihm ein Wort, und ob sie dabei blieben, diesen Dämon der Phrase und Jämmerling der Tat weiter zu führen, wird man sehen. Als er sich nach Schluss der Debatte wieder feierlich auf seinen Schriftführersessel setzte, brachen entsetzte Rufe los über diesen Mangel an jedem politischen Takt. Alles in allem — über einen Typ war das Urteil gesprochen.

Hamburg. Forderungen der Beamten. Die gesamte Angestelltenkassier der Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungswesen einschließlich Bedienung war vom Be-

schlenen. Ich halte es Grund der Beweisaufnahme als erwiesen, daß die Angeklagten gemeinsam mit Bahig die Rettungsboote beschossen haben und zwar mit Ueberlegung und um Menschen zu töten. Die Beschleßung war rechtswidrig, daher muß die Verurteilung der Angeklagten erfolgen. Die Anklage hat zunächst angenommen, daß vollendete Tötung vorliegt. Ich wage es nicht, diese Anklage in der Hauptverhandlung aufrecht zu erhalten, obgleich auch die Wahrscheinlichkeit dafür spricht. Es fehlt aber die absolute Sicherheit, daß Menschen durch das Schießen getötet worden sind. Es bleibt also nur der Versuch einer Tötung, begangen mit Ueberlegung. Ich sehe mich daher gezwungen zu beantragen, die Angeklagten des versuchten Mordes für schuldig zu erklären. Was das Strafmaß anbetrifft, so sieht das Gesetz als Mindeststrafe drei Jahre Zuchthaus vor. Ich glaube nicht, daß es ein Bedürfnis ist, wesentlich über dieses Strafmaß hinauszugehen. Wenn gleich die Tat unendlich grausam ist, so muß doch bei der Abmessung der Strafe eine Reihe von Punkten als mildernde Umstände angerechnet werden. Ich halte eine Strafe von vier Jahren für eine angemessene Sühne. Zu einem Antrag auf Überkennung der bürgerlichen Ehrenrechte habe ich keine Veranlassung.

Der Verteidiger des Angeklagten Dittmar,

Rechtsanwalt Dr. v. Zewel, erklärt, der Antrag des Oberreichsanwalts habe ihn sehr überrascht, da er durch den Gang der Verhandlungen vor der Unschuld der Angeklagten fest überzeugt worden sei. Bahig sei nicht geflohen, sondern habe als Danziger seine deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Aus seinem Verhalten auf die Schuld der Angeklagten zu schließen, sei niemand berechtigt. Das Schweigegeld Bahigs sei vom Oberreichsanwalt in einer Weise ausgelegt worden, die nicht berechtigt erscheine. Wenn das Artilleriefeuer geplatzt habe, sei nicht festzustellen. Es sei nicht einzusehen, weshalb nicht über das Rettungsboot hinweg nach einem entfernten Ziel geschossen worden sein könnte. Kein englischer Zeuge habe sagen können, daß er das Gefühl gehabt habe, daß das Rettungsboot beschossen worden sei. Selbst wenn man eine Beteiligung der Angeklagten an der Katastrophe voraussetzen wollte, wäre es ungeheuerlich, Mord oder Mordversuch anzunehmen. Allerhöchstens könne Beweise zur Tötung angenommen werden, aber auch das sei ausgeschlossen, denn es habe an der nötigen Ueberlegung gefehlt. Die Angeklagten hätten auch nicht daran denken können, ihrem Kommandanten den Gehorsam zu verweigern. Ausgeschlossen sei nicht, daß Dittmar dem Kommandanten gegenüber sich geweiht habe, zu schießen, und daß Weikner geschossen habe. Die Angeklagten haben sich gar nicht am Schießen beteiligen können, denn sie seien am Ausgang ununterbrochen tätig gewesen, ebenso wie Bahig. Der Verteidiger beantragt deshalb die Freisprechung Dittmars.

Der Verteidiger des Angeklagten Volbt,

Rechtsanwalt Beyer, führt aus, das Ausschließen Bahigs könne so erklärt werden, daß er mit einem Freispruch seiner Kameraden unbedeutend sei. Die Beteiligung der Angeklagten am Schießen sei nicht erwiesen. Sehr wahrscheinlich sei es, daß Weikner während des Schießens immer am Deck war und geschossen hat. Auch Dr. Beyer beantragt die Freisprechung seines Klienten.

Der dritte Verteidiger, Rechtsanwalt Hahnemann, gibt dem Gerichtshof zu erwidern, ob Völkerechtsverletzungen wirklich dem Strafgesetzbuch unterliegen. Das englische Strafgesetzbuch enthält die Bestimmung, daß der gefangene Feind nicht nach dem Strafgesetzbuch abgeurteilt werden dürfe, wenn er durch einen Befehl seiner Vorgesetzten abgedeckt sei. Auch ein französischer Rechtslehrer stimme dem zu. Rettungsboote unterliegen nicht unbedingt dem Schutz der Haager Konvention. Wenn die Mannschaft eines Kriegsschiffes in die Boote geht, um an die heimatischen Küste zu gelangen, so sei man im Völkerecht befreit, dies zu verhindern. Wenn das Rettungsboot sei dann ein Kampfmittel geworden. England habe während des Krieges selbst darauf hingewirkt, daß das Rettungsboot ein Kampfmittel ist.

Rechtsanwalt Dr. Feisenberger lenkt dar, die Ausführungen der drei Verteidiger hätten die Auffassung der Reichsanwaltschaft nicht erschüttern können. Wenn Bahig wirklich einen feindlichen Feind in der Nähe glaubte, auf den er seine Schüsse richtete, so sei dies unverständlich, denn durch das Schießen hätte er sich der Gefahr ausgesetzt, selbst angegriffen zu werden. Da wäre doch sofortiges Tauchen viel natürlicher gewesen. Der Auffassung, daß Rettungsboote nicht unter allen Umständen Schutz verdienen, tritt der Reichsanwalt mit aller Entschiedenheit entgegen.

Die beiden Angeklagten Dittmar und Volbt machen von ihrem Recht auf das Schlusswort keinen Gebrauch. Die Verhandlung wird dann geschlossen und mitgeteilt, daß das Urteil morgen, Sonnabend, um 1 Uhr verkündet werden soll.

amten- und Angestellten-Ausschuß zusammengerufen, um Stellung zu nehmen gegen die Not in den Beamtenkreisen. Es wurde eine Entschädigung angenommen, in der u. a. gefordert wird: 1. eine Entschädigungssumme von 2000 Mark; 2. die Erhöhung des Einkommens entsprechend der Geldwertveränderung; 3. umgehende Inkraftsetzung des Besoldungsgesetzes entl. unter Außerkräftsetzung des Sperregesetzes, wie dies in anderen deutschen Ländern geschehen ist; 4. schleuniger Abschluß des den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassenden Tarifvertrages. — Wegen Taubstummheit aus dem besetzten Gebiet wurden die Inhaber eines Zigarettengeschäftes, Gebr. Staumus, zur Zahlung des vierfachen Betrages des Wertes der eingekauferten Waren, nämlich zu je 139 792 Mark Geldstrafe oder zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ziel. Viehheudenentscheidung. Der Provinzialausschuß für Schlesien-Holstein hat beschlossen, zur Deckung der auf Grund der Viehheudenentscheidungslage zu leistenden Entschädigungen von den Besitzern von Einhufern, Schweinen über drei Monate und Rindvieh über zwei Monate Beiträge zu erheben. Die Beiträge sind für Einhufer auf 10 Mt. und für Schweine auf 2 Mt. für jedes Tier festgesetzt. Für Rindvieh betragen sie 1/2 Prozent vom Gesamtverdienst der Tiere. Die Gebührensverhältnisse sind nach dem Viehbestande vom 1. Juli 1921 aufgestellt.

Ergebnis. Schwere Rattenschäden werden von der Insel Neuwerk gemeldet. Dort treten die großen Wanderratzen, von denen die Insel ja nie ganz frei ist in diesem Sommer in solch gewaltigen Mengen auf, daß die Ernte als verloren betrachtet wird. In den Getreidefeldern haben die Ratten bereits jetzt verdrängt gebaut, daß man anfängt, das noch stehengebliebene Getreide abzumähen, um es wenigstens noch als Viehfutter verwenden zu können.

Bremen. Stapellauf des größten Eisenbetonschiffes Deutschlands. Auf dem Werftplatz der Eisenbeton-Schiffbau-Ges. in Bremen, lief ein für die Hamburg-Amerika-Linie gebauter Eisenbeton-Schlepper glücklich vom Stapel. Mit 1200 Tonnen Tragfähigkeit ist es das bisher größte Eisenbetonschiff Deutschlands.

Bremen. 12 Millionen Mark Fehlbetrag. Der bremische Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 ist nunmehr festgestellt. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1921 ergab einen Fehlbetrag von 12 472 550 Mark, der aus dem außerordentlichen Haushalt zu decken ist. Der Ausgabeetat ist auf 882 973 249 Mt. gegen 898 897 855 Mt. im Vorjahre angewachsen. Die unangenehme Gestaltung des Staatshaushaltes trägt wesentlich erhöhter Steuerbeiträge in erster Linie auf die außerordentliche Belastung durch den Personalarbeit und die Wirkungen der Besoldungsreform zurückzuführen.

Jugend-Gebot

Der
Hübener Volksboten

Elbstedt, den 16. Juli 1921

Veröhnung.

Immer noch weinen die großen Verzweifellen an uns vorüber.
Die Ströme gesteigerten Blutes zerreißen die sinkende Stadt.
Die stummen Asteilen glühen noch immer im Fieber.
Immer noch sterben die Armen verblissen und matt.

Der reichere Bruder will schönere Wege gehen
Und setzt seinen Fuß auf Teppich und golden Brotat,
Indessen mit schlaffen Brüsten die hungernden Mütter stehen
Oder um elende Fahnen zerfächert der junge Soldat.

Noch immer müssen die Tiere sich ängstlich verkrühen.
Die großen Wälder sterben noch immer um uns.
Noch immer müssen Geschlechter verfluchen und fluchen
Um eine irre Idee oder eine zersiehende Kränze.

Wann wird uns endlich die große Veröhnung kommen,
Wo deine Stütze gegen meine Wange sich neigt —
Wo unsere Sehnsucht, nicht mehr nach fremden Sternen ver-
schwommen,
Dem nächsten Herzen sich liebend entgegenweigt?

Wann wird sich endlich der große Tag uns bereiten?
O diese Tränen — die ziellos in Nächten verwehn.
O diese Stunden, die nutzlos den Händen entgleiten.
O diese Zeit, in der Wunden statt Wunder geschahn.

Und müssen es Wunder sein, die uns erlösen und heben —
O Gott, wie einfach dringt dieses Gebet in mich ein:
Mit Menschen und Tieren, mit Bäumen und Blüten ein Leben,
Ein kurzes glückliches Leben in Frieden sein!

Robert Seig.

Träger der Zukunft.

Zum Bielefelder Jugendtag.

Von Dr. Werner Peiser.

Kann man von Bielefeld sprechen, ohne Weimars zu ge-
denken? Darf man von Zukunftssingen reden, ohne sich der Ver-
gangenheit zu erinnern? Soll man den Aufbau, der auf den
Fundamenten der Vergangenheit errichtet ist, näher umreißen,
ohne von dieser Vergangenheit selbst dankbar zu sprechen?

Der Weimarer Jugendtag war unvergesslich. Unvergesslich
für die, die ihm heimohnen und ihm Kraft und Geschlossenheit
verliehen, unvergesslich für die, die nur begeisterte Berichte der
Freudstimmten lesen durften. Weimar war ein Anfang, Bielefeld
soll eine Etappe sein. Wer nennt uns den Namen des Zieles?
Weimar war ein Aufschwung, ein Programm und ein Ideal,
Bielefeld wird eine weiterführende Tat sein, frohes Erinnern
an Erreichtes, hoffendes Streben nach Kommendem, und einst —
das wissen wir mit absoluter Zuversicht — kommt jener Tag, der
nicht mehr hoffen heißt und nicht mehr erwarten, sondern der mit
leuchtenden Leitern die „Inchrift, Erfüllung“ trägt.

In Bielefeld wird die Deutsche sozialdemokratische Arbeiter-
jugend am 30. und 31. Juli zu einer bedeutungsvollen Tagung
zusammentreten, und zum ersten Male werden die Genossen der
Internationale ihnen die Hand reichen. Braucht hier gesagt zu
werden, was uns mit der Internationale verbindet? Soll in
dieser Stunde darauf hingewiesen werden, daß die Internationale
die trennende Kluft, die sich sich in den Augusttagen des Unheils-
jahres 1914 auftrat, nicht zu überbrücken vermochte? Hier wollen
wir gern Vergangenes vergangen sein lassen und uns einer Zu-
kunft zuwenden, die Fehler vermeiden und neuen Geist aus neuem
Willen schaffen wird.

Ueber die Beziehungen des nationalen und internationalen
Gedankens zu einander ist viel gesagt worden. Die Wissenschaft
hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Soziologen, Völkerrechtler,
Philosophen haben sie zu lösen versucht, und die Sozialdemo-
kratische Partei hat zur Stellungnahme ihnen gegenüber einen Stand-
punkt eingenommen, der sich etwa in die Formel einschließen läßt:
durch den nationalen zum internationalen Gedanken. Wie aber
sieht die Jugend hierzu? Wenn sie auch in ein paar Jahren
Mitstreiter der Sozialdemokratie sein wird, so hat sie doch von
aller Dingen ihre eigene Auffassung, sieht die Welt aus einem
anderen Gesichtswinkel an, erblickt andere Probleme und löst sie
anders — weil sie Jugend ist. Was bedeuten für sie die Fragen
der Nationalität und der Internationalität? Wie sieht man
es so lassen: der nationale Gedanke ist für die Jugend eine
Notwendigkeit, der internationale eher eine frohe, tiefe,
innere Heberzeugung. Wie der einzelne Mensch vor seiner
Geburt im embryonalen Zustande förmliche Anlagen seiner Ent-
wicklung durchmacht, so machen wir jüngeren Sozialisten in ähnlicher
Weise noch einmal den ganzen Entwicklungsprozeß der Arbeiter-
bewegung mit. Als die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen
war, hatte sie mit Einsüssen zu kämpfen, die man damals anarcho-
syndikalistisch nannte und gegen die Marx die ganze Schärfe
seiner Polemik verwandte; so erleben wir heute den Kampf mit
den östlichen Irrlehren, die fast mit den gleichen Methoden der
Arbeiterbewegung in ein jaßiges Gleis zu lenken trachten. Wie
die Arbeiterbewegung in Kaschaneer und Eisenacher gespalten
war, bis der Einigungskongreß von Gotha im Jahre 1875 die
feindlichen Brüder zusammenschloß, so ist heute das Proletariat
in Mehrheitssozialisten und Unabhängige gespalten, bis auch hier
die Einigung kommen wird, von der die Tatsache gewiß, das
Datum unbekannt ist.

In der jungen heranwachsenden Arbeiterklasse lebt ein Heber-
zeugung, die sie wieder und wieder mit glühender Begeisterung
ausdrückt: Träger der Zukunft zu sein. Die jungen Arbeiter
haben aus der Geschichte ihrer Väter gelernt, sie kennen die
Kampfgeschichten der Genossen, um zu wissen, daß auf ihren Schul-
tern der ganze Weltbau ruht. Das stolze Wort Ferdinand La-
fayette: „Ich seh' der Welt, daß dem die Kirche der Gegenwart er-
richtet wird“ ist ihnen nicht unbekannt. Doch da drängt sich die
Erinnerung an eine andere Jugendbewegung auf, die gleichfalls
bekannt, künftige Führer des deutschen Volkes aus ihren Reihen
zu bilden: die völkerrationalistische Studentenbewegung.
In allen Kundgebungen hört man sie, in allen Ver-
sammlungen wird es verlesen: wir sind die Träger der Nation,
weil wir — ihre Helfer sind! Doch welche ein Unterschied zwischen
beiden Bewegungen, in denen sich zwei Weltanschauungen ver-
wirklichen: dort — den Reichen der Arbeiterjugend die Hilfe, beher-

dene Zuversicht, erwachsen aus dem Bewußtsein der Kraft und
Stärke, genährt durch Erfolge, stetig gemacht durch die
Kenntnis der Geschichte, durch die großen Prinzipien der Not-
wendigkeit und der Entwicklung, die auf ihrer Seite
sind. Hier, in der deutschnationalen Jugend, ein lautes phrasen-
haftes Lehren, erwachsen aus Ständesdenken und Klassenhoch-
mut, gestützt auf Aostengeist, hoffend auf die Macht der Phrasen
und des Bajonets, die längst doch ihre Geltung in der Welt ver-
loren haben. Dort das Bewußtsein, Mehrheit des Volkes zu sein
und Verkörperung seiner Kraft, hier vage Hoffnung auf eine
Diktatur der Minderheit, auf die Herrschaft des Gedulds, auf die
Dummheit der Verführten. Dort leuchtende Blicke, Freude und
Frohsinn, hier finstere Verkllossenheit, bewußte Isolierung und
Feindschaft gegen das Volksganze. Bedarf es da noch langer
Heberzeugungen, wem die Zukunft gehört? Sind formale Bildung
und größeres Wissen wirklich diejenigen Faktoren, die die Zukunft
aufbauen helfen, oder sind es vielmehr jene wahre Bildung, die
aus dem Herzen kommt, die glühende Heberzeugung von dem
Zusammenschluß der arbeitenden Klassen aller Völker unter dem
Banner der internationalen Idee.

Bielefeld wird die Fortsetzung von Weimar sein. Wir wer-
den Marie hören, die von hohen Idealen getragen sind und frei
vor jedem Materialismus, den die Gegner uns so gern unter-
legen. Wir lieben die Jugend, weil sie die Zukunft ist. Wir be-
dauern ihrer, weil sie unser Nachfolger sein soll. Wir schätzen
uns ihr an, weil sie uns neue Kräfte spendet und uns durchbringt
von dem zeitigen Gedanken an den menschheitsbefreienden So-
zialismus.

Ein Jahr Arbeiterjugendbewegung.

Auf Brüder, wir sind Geist und Kraft;
Wir schwingen Schwert und Fahnenstaff,
Der Sieg bleibt doch dem Banner rot,
Der Menschheit leuchtend Morgenrot.
Wir schreiten! Wir schreiten!

So sprach der junge Dichter und Schlosser Willi Kage-
mache vor der Arbeiterjugend, die im vorigen Jahre aus allen
Teilen des Reiches in Weimar zusammen kam. Zweitausend
junge Menschen nahmen diese Worte mit in die Heimat und den
Mittag als Kampf- und Weckruf. Fast ein Jahr ist seitdem ins
Land gegangen. Der Verband der Arbeiterjugendvereine
Deutschlands hat sich in der Zwischenzeit außerordentlich gut ent-
wickelt. Konnte er damals über 850 Vereine mit ungefähr 60 000
Mitgliedern berichten, so sind heute über 1000 Vereine in 18
und Land mit über 80 000 Mitgliedern im Alter von 14 bis 18
Jahren vorhanden. Die Auflage der „Arbeiter-Jugend“ stieg in
derselben Zeit von 54 000 auf 73 000, der „Führer“ steigerte die
Zahl seiner Bezieger von 3500 auf 5000. Alle Zahlen sind auch
heute noch im steten Wachsen begriffen. Weiter gab der Verband
eine ganze Anzahl Schriften heraus. Die bekanntesten sind „Das
Weimar der arbeitenden Jugend“ (10 Mk.) und das Jugendspiel
„Spielmanns Schuld“ (3 Mk.). Dazu kommen die eben erschie-
nenen Schriften. Das Wachsen und Werden der Bewegung zeigt
jeder sein das 120 Seiten starke Heft „Von Weimar bis Bielefeld“,
zusammengestellt von E. Olsenhauer (5 Mk., geb. 7,50 Mk.) Weiter
hat Joh. Schult in seiner Broschüre „Das Jugendproblem in der
Gegenwart“ (2 Mk.) treffliche Gedanken niedergelegt.

Ueberall wurde weiter versucht, durch Jugendjugendkommissionen
und Mitarbeit in den Gewerkschaften, durch schriftliche und münd-
liche Aufklärungen dem Jugend- und Lehrlingschutz mehr Gel-
tung zu verschaffen. Eine eingehend begründete Eingabe an den
Reichstag fordert ein neues, ausreichendes Jugendbeschutzes.
Durch zahlreiche Bezirkskonferenzen, Jugendleiter- und Helfer-
turse wurde an der geistigen und organisatorischen Vertiefung der
Bewegung gearbeitet. So fanden im Jahre 1920 in 578 Vereinen
648 Vortragskurse mit 42 122 Teilnehmern statt. Dieselben Ver-
eine berichteten weiter über 6654 Vorträge mit 218 442 Besuchern.
Dazu kommen ganz ähnliche über die Gebiete „Bes- und Dis-
kussionsabende“, „Künstlerische Feste“, „Führungen“ und „Theater-
und Konzertbesuche“.

Zur Jugendarbeit gehört aber auch die körperliche Erzie-
hung. Die Einseitigkeit der Berufsarbeit macht gerade bei der
werkstätigen Jugend die Körperpflege dringend notwendig. 579
Vereine berichteten über 6124 Wanderungen mit 137 373 Teil-
nehmern, Mädel und Jungen. Außenspiele und Volkstänze
wurden 5828 mal mit 163 941 Besuchern veranstaltet. Dazu kom-
men noch Turnabende, Gymnastik, Baden, Schwimmen u. dgl.
mehr.

Jugend und Freude gehören unzertrennlich zusammen, 1456
künstlerische und Jugendfeste wurden von 167 576 Jugendlichen
besucht. Bei diesen Festen wirkte in hervorragendem Maße die
Jugend selbst mit. Die Zahlen für die literarischen und bunten
Abende (Unterhaltungsabende) sind noch zwei bis dreimal so
hoch. Das rege Organisationsleben kommt in der Zahl der Mit-
gliederveranstaltungen zum Ausdruck. 6841 Versammlungen mit
über 180 000 Teilnehmern wurden abgehalten. Auch die Werbe-
veranstaltungen der Vereine wiesen eine starke Beteiligung auf.
Dabei muß man bedenken, daß von den am Schluß des Berichtsjahres
bestehenden 850 Vereinen nur 578 berichteten.

Aus all diesem geht hervor, daß hier eine ungeheure Er-
ziehungsarbeit von der Jugend und den älteren Helfern des Ver-
bandes geleistet worden ist. Geistige Werte sind geschaffen wor-
den, viele wirtschaftliche Bedrängnisse wurden beseitigt, eine reiche
Jugendkultur im Vereinsleben und auf den Wanderungen ist
herangewachsen. Jeder, der Näheres erfahren will, sollte sich die
neue Schrift: „Von Weimar bis Bielefeld“ (zu beziehen durch alle
Buchhandlungen — oder direkt vom Verlag des Verbandes der Ar-
beiterjugendvereine Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstr. 3)
zulegen.

Unsere Arbeiterjugend gibt sich am 30. und 31. Juli ihr dies-
jähriges großes Treffen in Bielefeld. Ueber 1000 Jungen und
Mädel werden dort zusammentreffen. Viele Jugendgenossen
unserer ausländischen Bruderorganisationen der Arbeiterjugend-
Internationale werden ebenfalls kommen. Die Tagung wird allen
die Gelegenheit geben, daß hier eine partei junge Garde des Sozia-
lismus heranwächst.
Aug. Wirschi.

Jungsozialistische Weltanschauung.

Von Prof. Gustav Radbruch, M. d. R.

1. Jugend ist nicht nur Vorstufe zum Leben, sondern ein
Stück Leben mit selbständigem Daseinsrecht. In dieser Ge-
staltung hat die bürgerliche „freideutsche Jugend“ die Seh-
nsucht nach „Jugendkultur“ nachzuerufen, ja, die neue Lebens-
form des jugendlichen Menschen zu verwirklichen gewußt, sich
dann aber auf der Suche nach einem Inhalt für diese Form
gespalten und immer wieder gespalten. Die sozialistische
Jugend erst hat die reindeutsche Lebensform mit einem star-
ken, einfachen, zukunftssicheren Inhalt erfüllt: Sozialismus
auf jugendliche Weise zu leben, das ist der gemeinsame Sinn
von Jungsozialismus und Arbeiterjugend. Dieser gelebte
Sozialismus schließt in sich ein neues Gemeinschafts-
gefühl, ein neues Kulturgefühl, ein neues Lebens-
und Weltgefühl.

2. Hinter uns liegt das Zeitalter, dem in bürgerlichen
und auch in sozialistischen Kreisen Persönlichkeit der
letzte und höchste menschliche Wert war. Heute ruht alle Be-
geisterung, deren die Zeit fähig ist, auf dem Gedanken der
Gemeinschaft. Wir sind den Weg gegangen, auf dem
Goethes Wilhelm Meister von den „Lehrjahren“ zu den
„Wanderjahren“ uns prophetisch vorangeschritten ist. Wir
haben diesen Uebergang vollzogen, indem wir uns das Er-
lebnis, das dem sozialistischen Gedanken zugrunde liegt,
immer klarer zum Bewußtsein gebracht haben — das Er-
lebnis, aus dem heraus wir einander „Genossen“ nennen.

3. Nur auf dem Grunde der Gemeinschaft ist Kultur
möglich. Das kapitalistische Zeitalter ist reich an Kultur-
persönlichkeiten, reicher an Kulturwerken, entbehrt aber der
Kulturgemeinschaft des ganzen Volkes. Ein ungeheures
Mißverhältnis zwischen objektiver Kultur und persönlicher
Bildung; kulturelle Ueberproduktion und doch kulturelle
Massenarmut; der Gegensatz zwischen Gebildeten und Un-
gebildeten, in dem sich der Klassen Gegensatz der kapitalistischen
Gesellschaft ausprägt; die individualistische Persön-
lichkeitskultur, in der sich die individualistische Wirt-
schaftsverfassung sichtbar wieder spiegelt; der Wettbewerb, der das
Kultur- wie das Wirtschaftsleben beherrscht; der ein rastloses
Streben nach dem Originellen, Neuen, Niedagewesenen, statt
schlicht und recht nach Wahrheit und Schönheit entfesselt und
statt eines Stills nur zahllose Moden und Manieren zeitigt;
das alles sind Züge, welche deutlich die kapitalistische Beding-
theit der Gegenwartskultur zeigen. Die stilvolle Einseitig-
keit eines mittelalterlichen Stadtbildes kann demgegenüber
uns darüber belehren, wie eine Gemeinschaftskultur aussah
und einmal wieder aussehen wird.

4. Kultur gründet und gipfelt aber letzten Endes in
einem bestimmten Lebens- und Weltgefühl. Schon
heute sind in der sozialistischen Jugend die Grundzüge eines
neuen Lebens- und Weltgefühls deutlich erkennbar: eine in-
brünstige Diesseitigkeit, eine tiefe Freude an der Natur, an
der Schönheit und Kraft des eigenen Leibes, eine fast fan-
tastische Lebensbejahung, die ihr Ja und Amen, ihr Trostallem
letzten Endes über alle Dinge spricht. Man ist versucht, dieses
neue Lebensgefühl, wie es in unsern Arbeiterjugendpartei stark
und voll Ausdruck findet, als eine Religion anzusprechen —
wenn auch Religion ohne Kirche und Bekenntnis, ohne Gott
und Jenseits.

5. Das alles ist gemeinsamer Geistesbesitz der Ar-
beiterjugend und des Jungsozialismus. Zu-
einander verhalten sie sich wie Sein und Bewußtsein, wie
Leben und Denken. Den sozialistischen Gedanken, das neue
Gemeinschafts-, Kultur-, Lebens- und Weltgefühl sich in an-
gestrengter Geistesarbeit zu bewußtem Besitz zu machen und
nach dem Bedürfnis eines neuen Geschlechts schöpferisch
weiterzugestalten: das ist die besondere Aufgabe der Jung-
sozialisten.

Wir.

Wann wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Fieber fliegen,
und die Wälder widerklingen,
fühlen wir, es muß gelingen:
mit uns zieht die neue Zeit.

Einer Woche Hammerschlag,
einer Woche Häuserquader
gibern noch in unsern Ädern.
Aber keiner mag zu habern:
herrlich lacht der Sonntag.

Birtengrün und Saatengrün:
wie mit bitterer Gebärde
hält die alte Mutter Erde,
daß der Mensch ihr eigen werde,
Ihm die vollen Hände hin.

Wort und Lied und Bild und Schritt,
wie in uraltem Gen Tagen
wollen sie zusammenschlagen.
Ihre starken Arme tragen
unsre Seelen fröhlich mit.

Mann und Weib und Weib und Mann
sind nicht Wasser mehr und Feuer,
Um die Weiber legt ein neuer
Frieden sich. Wir bilden Freier,
Mann und Weib, uns an.

Wann wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Fieber fliegen,
und die Wälder widerklingen,
merken wir, es muß gelingen:
mit uns zieht die neue Zeit.

Hermann C. ...